Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 229 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Donnerstag, 29. September 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Aus der Fremdenlegion entronnen

An Bord eines englischen Tankdampfers, der im Hafen von Amsterdam angekommen ist, befanden sich zwei junge Leute, die aus der Fremdenlegion entflohen sind. Es handelt sich um den 19jährigen deutschen Staatsangehörigen Walter Altmeyer aus Heidelberg und den 34jährigen estnischen Staatsangehörigen Alfred Tramm aus Dorpat. Altmeyer hatte im Oktober 1931 in Straßburg in der Fremdenlegion Dienst genommen und war nach Souffe in Tunis gebracht worden. Dort machte er die Bekanntschaft von Tramm. Dieser war früher russischer Staatsangehöriger und als solcher von den Bolschewisten nach den Solowetzki-Inseln im Weißen Meer verbannt worden. Von hier flüchtete er über Finnland nach Frankreich und ließ sich für die Fremdenlegion anwerben. Als beide das Leben in der Legion nicht mehr ertragen zu können glaubten, flüchteten sie auf einem Boot und trieben mehrere Tage auf dem Mittelländischen Meer umher, bis sie von dem englischen Dampfer aufgenommen wurden. Da beide keine Papiere besitzen, sind sie vorläufig von der Amsterdamer Fremdenpolizei in Gewahrsam genommen worden, doch dürften sie bereits in den nächsten Tagen entlassen werden.

Die Frage des Staatskommissars für Preußen vor dem Staatsgerichtshof am 10. Oktober

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, ist der endgültige Termin für die Verfassungsstreitklage wegen der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen festgesetzt worden. Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof findet am 10. Oktober statt.

Die kommende Reichstagswahl

Die Nummernfolge der Wahlvorschläge

Der Deutsche Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern zur Reichstagswahl unter dem Datum vom 27. September d. J. In dieser Verordnung wird u. a. die Nummernfolge der Reichswahlvorschläge der Parteien angeführt, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstages bekannt haben. Die Nummernfolge lautet:

1. N. S. D. A. P.,
2. S. P. D.,
3. K. P. D.,
4. Zentrum,
5. D. N. V. P.,
6. Bayr. Volkspartei,
7. D. V. P.,
8. Staatspartei,
9. Christl.-Soz. Volksdienst,
10. Wirtschaftspartei,
11. Deutsche Bauernpartei,
12. Landbund,
13. Deutsches Landvolk,
14. Volksrechtpartei.

Weiter bestimmt die Verordnung, daß Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, auf einen dem Reichsminister des Innern zu stellenden Antrag statt der ihnen zufolge ihres Anschlusses an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei nach § 62 Abs. 3 der Reichsstimmordnung zustehenden Nummern mit Buchstabenzusatz für ihre Reichswahlvorschläge die Nummer behalten können, die ihnen nach § 9 dieser Verordnung zusteht.

Im übrigen erhalten die Parteien, die ihren Anschluß an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei erklären, auf dem Stimmzettel die Nummer dieses Reichswahlvorschlages mit Buchstabenzusatz nach § 62 Abs. 3 der Reichsstimmordnung nur, wenn sie innerhalb der Frist zur Einreichung der Anschlußerklärung eine Zustimmung darüber beibringen, daß der Vertrauensmann des Reichswahlvorschlages, an den der Anschluß erklärt ist, mit dem Anschluß einverstanden ist.

Die Auslage der Stimmlisten für die Reichstagswahl

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten vom 16. bis 23. Oktober auszulegen sind. Auf den großen Bahnhöfen und Uebergangsstationen sowie den großen Seeschiffen wird, wie bei der letzten Reichstagswahl, Gelegenheit zur Stimmabgabe geboten werden. Die Landesregierungen sind durch Rundschreiben gebeten worden, alle Maßnahmen zur Durchführung der Reichstagswahl in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Die DVP. lehnt Wahlbündnisse mit regierungsgegnerischen Parteien ab

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit, daß für die Deutsche Volkspartei irgendein Wahlbündnis mit einer Partei, die sich gegen die Politik der jetzigen Reichsregierung wendet, gar nicht in Betracht komme.

Die Steuer-Gutscheine

Die Durchführungsbestimmungen zur Steuergutschein-Verordnung erscheinen in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes. Sie umfassen Bestimmungen über die Gutscheine für Steuerzahlungen, für Mehrbeschäftigung, ferner über die Ausgestaltung der Steuergutscheine und ihre steuerliche Behandlung. Schließlich sind noch neun Beispiele angeführt.

Aus dem Inhalt ist u. a. anzuführen:

Steuergutscheine für Steuerzahlungen

erhält, wer seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung im Inlande hat oder sonst unbeschränkt einkommensteuer- oder körperschaftssteuerpflichtig ist. Sie werden ausgegeben für die Zahlung von Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig und entrichtet werden. Vorher fällige, aber erst in dieser Zeit entrichtete Steuern geben ebenso wenig Anspruch auf Steuergutscheine, wie Steuern, die zwar in der Zeit fällig sind, aber erst später entrichtet werden. Eine Ausnahme ist nur zugelassen für die Land- und Forstwirtschaft. Von der Beförderungssteuer werden Steuergutscheine in voller Höhe der gezahlten Steuer gegeben, bei den übrigen Steuern: Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer in Höhe von 40 Prozent.

Der zweite Teil der Durchführungsbestimmungen behandelt die

Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung,

die nur für im Inlande betriebene Unternehmen, die vor dem 1. September 1932 errichtet sind, ausgegeben werden. Sämtliche Betriebe desselben Unternehmers werden für die Berechnung der Mehrbeschäftigung zusammengefaßt. Diese Art von Steuergutscheinen bezieht sich auf Streckung der Arbeit, wenn dadurch mehr Arbeiter Beschäftigung finden.

Ausführlich ist die Art der Errechnung der Mehrbeschäftigung angegeben. Der Steuergutscheinbetrag beläuft sich grundsätzlich im Kalendervierteljahr auf 100 Mark, mindert sich aber bei den Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmern, nachdem sie ihre Belegschaft mehr als verdoppelt haben.

Der Antrag auf Gewährung von Steuergutscheinen

ist beim Finanzamt schriftlich zu stellen. Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber und auf Beträge von 20 000, 10 000, 1000, 200, 50, 20 und 10 Mark.

Die Durchführungsbestimmungen behandeln sodann

die Anrechnung

der Steuergutscheine in den Jahren 1934—1938 sowie die

Möglichkeit ihrer sofortigen Verwertung.

Hervorgehoben muß werden, daß der Wert im Ausgabejahr von dem Empfänger als Einkommen anzusetzen ist, jedoch nur mit einem Fünftel des Kurswertes.

Stundung

der am 1. Oktober fälligwerdenden Schatzanweisungen der Städte Frankfurt a. M. und Köln

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das preußische Staatsministerium auf Grund der in Artikel 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 24. September 1932 gegebenen Ermächtigungen durch Verordnung vom 27. September 19932 das Gesetz, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. 12. 1899 in der Fassung der vorgenannten Verordnung, auf die Schuldverschreibungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für anwendbar erklärt. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere für die Städte Frankfurt a. M. und Köln, deren kurzfristige Schuldverschreibungen am 1. 10. 1932 zur Einlösung fällig werden, ist nunmehr die Möglichkeit eröffnet, mit den Gläubigern der Schuldverschreibungen wegen einer etwaigen Stundung in Verhandlungen zu treten. Das Staatsministerium hat zugleich, um diese Verhandlungen nicht durch das Fälligwerden der Schatzanweisungen zu stören, mit der genannten Verordnung auf Grund der in der Verordnung des Reichspräsidenten gegebenen Ermächtigung die zuständigen Regierungspräsidenten ermächtigt, anzuordnen, daß die Verpflichtungen zur Einlösung der am 1. 10. 1932 fällig werdenden Schatzanweisungen der Städte Frankfurt a. M. und Köln bis zum 21. 12. 1932 gestundet werden. Die Regierungspräsidenten werden von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und noch vor dem 1. 10. 1932 die Stundung anordnen und diese im Regierungsamtsblatt bekanntmachen.

Grenzänderungen im Rheinland

Der Amtliche Preußische Pressedienst gibt die in Artikel 1 der Ergänzungsverordnung vom 27. September 1932 enthaltenen Grenzänderungen bekannt. Für den Regierungsbezirk Koblenz, Köln, Aachen kommen danach folgende Aenderungen in Frage:

Reg.-Bez. Koblenz: In den Landkreis Ahrweiler wird der Teil des Landkreises Adenau eingegliedert, der besteht aus den dem Amte Kilberg zugehörigen Landgemeinden Meuspath, Müllenbach und Nürburg und aus den den Aemtern Adenau, Arensberg und Brück zugehörigen Landgemeinden.

Reg.-Bez. Köln: In den Landkreis Euskirchen wird der Teil des Landkreises Rheinbach eingegliedert, der besteht aus der Stadtgemeinde Münstereifel, den dem Amte Ollheim zugehörigen Landgemeinden Müggenhausen, Straßfeld und Esch und aus den den Aemtern Cuchenheim und Münstereifel (Rhld.) zugehörigen Landgemeinden.

Reg.-Bez. Aachen: In den Landkreis Aachen werden eingegliedert: 1. der Teil des Landkreises Jülich, der besteht aus der dem Amte Siersdorf zugehörigen Landgemeinde Schaufenberg, 2. der Teil des neu zu bildenden Landkreises Geilenkirchen, der besteht aus einem Teile der Landgemeinde Eudtweiler nach Maßgabe der Grenzbeschreibung in Anlage 2; 3. der Teil des Landkreises Düren, der besteht aus den dem Amte Rothberg zugehörigen Landgemeinden Rothberg und Hastenrath.

Die Berichtigung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die preußische Staatsregierung am 27. September 1932 eine Verordnung zur Berichtigung und Ergänzung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 erlassen, die in der nächsten Nummer der Preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht werden wird.

Die Verordnung enthält in ihrem Artikel 1 eine Reihe von Grenzänderungen zwischen den durch die Verordnung vom 1. August 19932 neu abgegrenzten Landkreisen, in zwei Fällen die Aufhebung der Zusammenlegung von Landkreisen und weiter in Artikel 2 einige formelle Vorschriften, die sich mit den Rechtsfolgen der Grenzänderungen, der Auseinandersetzung zwischen Provinzen (Bezirksverbänden) und der Ueberleitung in den neuen Zustand befassen.

Mit den Grenzänderungen sollen, wie der Reichskommissar Dr. Bracht bereits mehrfach in der Oeffentlichkeit angekündigt hat, Unebenheiten, die sich aus der Grenzziehung im einzelnen ergeben hatten, beseitigt werden.

Aufgehoben worden ist die Zusammenlegung der Landkreise Herrschaft Schmalkalden und Schleusingen sowie der Landkreise Wolfhagen und Kassel. Im ersten Falle erfolgte die Aufhebung, um nicht eine etwaige territoriale Reichsreform in diesem Gebiete von vornherein in einer bestimmten Richtung festzulegen, im zweiten Falle, weil die Nachprüfung ergab, daß es zweckmäßiger ist, den Landkreis Wolfhagen mit dem Kreis der Twiste zusammenzulegen. Letztere Regelung konnte jedoch nicht mit sofortiger Wirkung getroffen werden, da in dem zwischen Preußen und Waldeck im Jahre 1928 abgeschlossenen Staatsvertrage die Aufrechterhaltung der drei waldeckischen Kreise bis zum 1. April 1934 durch die preußische Staatsregierung zugesagt worden ist. Die Zusammenlegung der Landkreise: Kreis der Twiste und Wolfhagen mit dem Kreissitz in Arolsen sowie der Landkreise: Kreis des Eisenberges und Kreis der Eder mit dem Kreissitz in Korbach ist daher mit Wirkung erst vom 1. April 1934 ausgesprochen worden. Der Aufhebung der Zusammenlegung in zwei Fällen steht hiernach die Zusammenlegung von zwei Kreisen in zwei weiteren Fällen gegenüber, sodaß sich die Gesamtzahl der aufgelösten Landkreise (58) durch die Ergänzungsverordnung nicht ändert.

Artikel 2 der Ergänzungsverordnung enthält im wesentlichen die erforderlichen Vorschriften über die Organisation und Verfassung derjenigen Gemeinden und Gemeindeverbände sowie anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften, auf deren Rechtsverhältnisse die Neugliederung der Landkreise Rückwirkungen gehabt hat, ferner Bestimmungen über die Auseinandersetzung zwischen Provinzen (Bezirksverbänden) und Schutzvorschriften für die sogenannten Dauerangestellten, d. h. solcher Angestellten, deren Tätigkeit und Anstellungsverhältnis beamtenähnlichen Charakter trägt.

Gleichzeitig hat die Staatsregierung beschlossen, den Kreissitz des Landkreises Dithmarschen von Heide nach Meldorf zu verlegen, nachdem bereits früher der Kreissitz des aus den Landkreisen Brieg und Ohlau neu gebildeten Landkreises von Ohlau nach Brieg verlegt worden war. Ferner sind einer Reihe von Landkreisen entsprechend den Wünschen der Bevölkerung andere Namen gegeben worden, in denen historische oder geographische Beziehungen zum Ausdruck kommen.

Mit der Ergänzungsverordnung ist die Neueinteilung der Landkreise abgeschlossen. Weitere Maßnahmen sind auf diesem Gebiete nicht beabsichtigt.

Innenpolitisches

Wie die Wehrmacht den 85. Geburtstag des Reichspräsidenten feiert

Zu Ehren des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, sind für die Wehrmacht allgemein folgende Anordnungen getroffen worden:

Sonnabend, den 1. Oktober 1932, abends: Großer Zapfenstreich in allen Standorten (einschließlich Truppenübungsplätzen), in denen sich Musiker befinden.

Sonntag, den 2. Oktober 1932: 7 Uhr Großes Wecken, Beflaggen sämtlicher militärischer Dienstgebäude und Anlagen der Wehrmacht von 7 Uhr bis eine Stunde nach Sonnenuntergang; Schiffe der Reichsmarine: Ausflaggen. Militärgottesdienste in den Standorten. 12 Uhr beim Heer und bei der Reichsmarine: Paradeaufstellung der Standorttruppen und der Marineteile am Lande, Musterung der Marinereue an Bord, Ansprache der Standortältesten und Schiffskommandanten bezw. Flottillen- und Halbflottillenchefs. Vorbeimarsch der Standorttruppen. Platzmusik in den Standorten.

Parole für Heer und Marine: „Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg!"

Die Versammlungs- und Umzugsfreiheit zum Geburtstag des Reichspräsidenten

Zahlreichen Wünschen entsprechend hat, wie schon berichtet wurde, der Reichsminister des Innern durch eine Verordnung vom 24. September 1932 bestimmt, daß am 1., 2. und 3. Oktober 1932 solche Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden dürfen, die zu Ehren des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten veranstaltet werden. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hin-

gewiesen, daß die Veranstaltungen spätestens 48 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde anzumelden sind.

Regierung und Reichstagsausschüsse

Nach Abschluß der Untersuchung über die Reichstagssitzung vom 12. September entsteht die Frage, wie sich die Reichsregierung in Zukunft gegenüber dem Ueberwachungsausschuß verhalten wird. Bei den Abstimmungen im Untersuchungsausschuß hat sich insofern ein Kompromiß bereits angebahnt, als der Beschluß, die Abstimmungen über die Mißtrauensanträge und Notverordnungen im Reichstag für rechtswirksam zu erklären, nicht wiederholt worden ist. Ob diese Tatsache der Regierung ausreichend erscheinen wird, um ihre Haltung gegenüber dem Reichstagsausschuß zu ändern, steht dahin.

Von zuständiger Stelle wird jedenfalls erklärt, daß die Reichsregierung an ihrer Auffassung festhalte, wonach Reichstagspräsident Göring seinen Brief zurückziehen müsse, in dem er die im Reichstag vorgenommenen Abstimmungen dem Reichskanzler mitteilte. Immerhin ist eine offizielle Entscheidung der Reichsregierung über ihre weitere Haltung noch nicht erfolgt, zumal im Augenblick ein akuter Anlaß dazu nicht vorliegt. Ein solcher Anlaß kann sich aber schon sehr bald ergeben. Von den Kommunisten liegt ein Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses vor, dem sich nach Rückkehr des Reichsaußenministers nach Berlin wahrscheinlich weitere Parteien anschließen werden, so daß mit einer baldigen Einberufung des Ausschusses zu rechnen ist. Zweifellos wird der Ausschuß dann erneut das Erscheinen der Vertreter der Reichsregierung fordern. Für den Ueberwachungsausschuß ist bisher ein neuer Sitzungstermin nicht in Aussicht genommen. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, rechnet man mit einem Wiederzusammentritt des Ausschusses erst in etwa zwei bis drei Wochen, nachdem die Kontingentierungsverordnung der Reichsregierung erschienen ist, zu der im Ausschuß neue Anträge zu erwarten sind.

Beschlüsse des Landwirtschaftsausschusses des Landtages

Der Landwirtschaftsausschuß des Preußischen Landtages setzte seine Abstimmungen zu den vorliegenden Anträgen fort. Zur Förderung der bäuerlichen Besitzfestigung fand ein Antrag Annahme, wonach beim Erwerb von landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken zwecks Begründung einer selbständigen wirtschaftlichen Existenz eine Befreiung von der Grunderwerbsteuer eintreten soll. Angenommen wurde auch ein Antrag, der Notlage der Kleinfischer durch besondere Maßnahmen abzuhelfen. Zur Sicherung der Ernte fand Annahme ein Antrag, wonach die Zinsen aus den Belastungen landwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe, die sich im Sicherungsverfahren befinden oder bei denen die Eröffnung eines solchen Verfahrens abgelehnt wurde, auf ein erträgliches Maß herabgesetzt und bis zum 31. Dezember d. J. gestundet werden sowie die durch die Sicherungsvorschriften getroffenen Gläubiger der Landwirtschaft durch Hilfsmaßnahmen gegen Nachteile geschützt werden sollen. Angenommen wurde auch der Antrag, anzuordnen, daß die Polizeikräfte in allen gefährdeten ländlichen Bezirken durch berittene Polizei aus den städtischen Standorten verstärkt werden sollen. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, wonach die am 1. Oktober 1932 fälligen Zinsen der Frühgemüsebaukredite auf ein Jahr gestundet und die Tilgungsarten auf ein Jahr hinausgeschoben werden sollen.

Beschlüsse des Landtags-Siedlungsausschusses

Der Siedlungsausschuß des Preußischen Landtages nahm einen Zentrumsantrag an, wonach das Staatsministerium ersucht wird, überall dort, wo sich das Bedürfnis von Anliegersiedlung, Landarbeitersiedlung und insbesondere von bäuerlichen Neusiedlungen bemerkbar macht, die staatlichen Domänen zur Verfügung zu stellen und die Besiedlung und Aufteilung bei freiwerdenden Domänen sofort in Angriff zu nehmen. In abgeänderter Fassung fand ein nationalsozialistischer Antrag Annahme, der das Staatsministerium ersucht, das Siedlungsverfahren nur vom Staate als Siedlungsträger durchzuführen und die bis jetzt durchgeführten Siedlungen auf die Tragfähigkeit der ihnen auferlegten Rente nachzuprüfen. Die von den Siedlern zu zahlende Rente soll dauernd tragbar gestaltet und die rückständigen Renten sollen bis zur endgültigen Regelung gestundet werden. Auch ein weiterer nationalsozialistischer Antrag fand in einer im Ausschuß geänderten Fassung dahin Annahme, das Staatsministerium zu ersuchen, bei Ansetzung von Siedlern in den Grenzgebieten die gutachtlichen Aeußerungen der unterstellten Behörden über die deutsche Gesinnung der Siedlungsbewerber weitestgehend zu beachten. Schließlich wurde noch ein Antrag des Zentrums angenommen, worin das Staatsministerium ersucht wird, dahin zu wirken, daß über die Weststoffsiedlung dem Bevölkerungsüberschuß des Westens Arbeitsgelegenheit durch Ansiedlung in den östlichen Gebieten geschaffen wird.

Politische Polizei bekommt nie Aussagegenehmigung

Zu den Differenzen, die im Polizeiuntersuchungsausschuß des Preußischen Landtags am Mittwoch erneut mit dem Reichskommissar deswegen entstanden, weil der Reichskommissar es abgelehnt hat, Beamten der politischen Polizei die Aussagegenehmigung wegen der nächtlichen Haussuchung im Reichstag zu erteilen, wird dem VDZ.-Büro an zuständiger Stelle folgendes erklärt:

In der Haltung des Reichskommissars liege durchaus kein Gegensatz zu der Erklärung des Reichskommissars, daß er die politische Tätigkeit des Untersuchungsausschusses durchaus nicht verhindern wolle. Diese Erklärung des Reichskommissars beziehe sich darauf, daß eventuell dann in Einzelfällen Aussagegenehmigung an leitende Polizeibeamte erteilt werde, wenn es sich um die Nachprüfung des Vergehens der Schutzpolizei usw. in einzelnen Fällen von Demonstrationen, politischen Zusammenstößen und Zwischenfällen ähnlicher Art handele. Die Durchsuchung in einzelnen Räumen des Reichstages sei jedoch von der politischen Polizei vorgenommen worden auf Grund einer Anzeige, der die politische Polizei nachgehen mußte. Es sei wohl selbstverständlich, daß die ganze Arbeit der politischen Polizei illusorisch werden würde, wenn einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß das Recht zustehen sollte, die Beamten der politischen Polizei über ihre Tätigkeit, die Quellen ihres Materials, die Gründe ihres Einschreitens usw. noch dazu vor aller Oeffentlichkeit zu vernehmen. Man könne daher ohne weiteres erklären, daß es grundsätzlich nicht möglich sei, Beamten der politischen Polizei eine solche Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Das Vorgehen der politischen Polizei im Reichstag und einzelne zu kritisierende Aktionen der übrigen Polizeizweige seien zwei ganz verschiedene Dinge.

Schulfragen im Landtags-Hauptausschuß

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages fand ein Antrag einstimmige Annahme, wonach das Staatsministerium ungesäumt die erforderlichen Maßnahmen treffen soll, damit im Bereich des höheren Schulwesens eine gleichmäßige staatliche Betreuung der Bildungsbedürfnisse der gesamten Bevölkerung und eine gerechte Verteilung der hierfür noch verfügbaren staatlichen Mittel sichergestellt wird. Die Staatshilfe soll auf die als unentbehrlich ermittelten staatlichen und nichtstaatlichen höheren Schulen sich erstrecken. Die Bedürfnisse der Kleinstadt und des platten Landes sollen sorgfältig berücksichtigt werden. An den Unterhaltungskosten für die nichtstaatlichen höheren Lehranstalten sollen sich die Gemeinden beteiligen, die durch den Besitz staatlicher Anstalten begünstigt sind. Ferner fand einstimmige Annahme der Antrag auf Herabsetzung des Schulgeldes an höheren Lehranstalten und auf Senkung der Hochschulgebühren auf den Stand des Jahres 1930.

Der Ausschuß befaßte sich sodann mit Anträgen zur Hauszinssteuer. Angenommen wurde der Antrag, alle kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, deren Inhaber ihren Haupternährungsbedarf im eigenen Betriebe decken, von der Hauszinssteuer zu befreien.

Voraussichtlich keine Gemeindewahlen am 6. November

Einspruch des Preußischen Staatsrates gegen den Landtagsbeschluß

Der Verfassungs- und der Gemeindeausschuß des Preußischen Staatsrates beschäftigten sich mit dem auf Antrag der Nationalsozialisten vom Landtag beschlossenen Gesetz auf Vorverlegung der normalerweise erst Ende Herbst 1933 fällig werdenden Gemeindewahlen in Preußen auf den 6. November d. J.

Nach dem Verlauf der Ausschußverhandlungen ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, mit Sicherheit damit zu rechnen, daß der Staatsrat am Donnerstag mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten — Nationalsozialisten sind im Staatsrat als ordentliche Mitglieder nicht vertreten — gegen das Gesetz Einspruch erheben wird. Da für das Zustandekommen des Gesetzes nach dem Einspruch des Staatsrates eine Zweidrittelmehrheit des Landtages erforderlich wäre, die aber nicht vorhanden ist, so kann die Absicht, die Gemeindewahlen in Preußen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen, schon jetzt als gescheitert bezeichnet werden.

Preußens Anträge vor dem Staatsgerichtshof

Nachdem nunmehr festzustehen scheint, daß die Verhandlung des Staatsgerichtshofes in Leipzig in dem Verfassungsstreit zwischen Preußen und dem Reich in der ersten Hälfte des Oktober stattfindet, werden auch die Anträge Preußens bekannt. Es handelt sich um drei Anträge.

Der erste begehrt die Feststellung, daß die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen mit so weitgehenden Befugnissen, die Absetzung der preußischen Staatsminister, die Zurdispositionstellung von Beamten und der Eingriff in die Reichsratsvertretung mit der Verfassung nicht im Einklang steht.

Der zweite Antrag, der im wesentlichen mit den von Bayern und Baden in ihren Sonderklagen gestellten Anträgen übereinstimmt, wünscht eine Entscheidung darüber, daß gewisse Maßnahmen der Reichsregierung unter allen Umständen über die Befugnisse aus Artikel 48 der Reichsverfassung hinausgehen, und zwar selbst dann, wenn die zur Rechtfertigung behaupteten Tatsachen zuträfen.

Der dritte Antrag wünscht die ausdrückliche Feststellung, daß die vom Reich gegen Preußen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen.

Die Deutschen Edelstahlwerke

beabsichtigen, wie nach einer Meldung aus Krefeld zuverlässig verlautet, zum 1. Oktober d. J. 100 Arbeiter neu einzustellen.

Englische Kabinettskrise

Snowden, Samuel und Sinclair zurückgetreten

Aus London, 28. Sept., wird gemeldet: Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung, die bis gegen 1 Uhr dauerte, über die Frage beraten, ob eine Entscheidung des Parlaments über Ottawa vertagt werden könne. Das wurde als unmöglich betrachtet, worauf Snowden (Justizminister), Sir Herbert Samuel (Innenminister) und Sir A. Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihren Rücktritt erklärten.

Nachdem die Genannten ihren Rücktritt erklärt hatten, vertagte sich das Kabinett auf den Nachmittag, um laufende Angelegenheiten zu beraten.

Wahrscheinlich werden auch die sieben Samuel-Liberale, die außerhalb des Kabinetts leitende Staatsämter bekleiden, zurücktreten. Darunter befinden sich der Unterstaatssekretär für Indien, Marquis Lothian, der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Sir Robert Hamilton, der stellvertretende Generalpostmeister, Graham White, und der Staatssekretär für den Bergbau, Isaac Foot.

Die Besetzung der freigewordenen drei Ministerposten innerhalb des bisherigen Kräfteverhältnisses der Parteien dürfte auf Schwierigkeiten stoßen. Dazu kommt, daß die zwei bisher von Liberalen innegehabten Ministerposten auch parteipolitische Probleme aufwerfen, insbesondere das sehr wichtige Innenministerium. Man glaubt, daß zum Innenminister ein Konservativer und zum Staatssekretär für Schottland ein Liberaler der Richtung Simon ernannt wird.

Die Bildung des englischen Kabinetts

Aus London, 28. September, wird gemeldet: John Gilmour (konservativ) ist zum Staatssekretär des Innern, Walther Elliott (konservativ) zum Staatssekretär für die Landwirtschaft ernannt worden, Godfrey Collins (liberal) wird Staatssekretär für Schottland. Die Lords Crewe, Reading und Grey erklärten sich mit der Haltung der ausgeschiedenen liberalen Minister solidarisch.

*

Macdonald gab gleich im Namen von Lord Sankey und Thomas eine Erklärung ab, in der er sagt:

> Wir haben vor zwölf Monaten beschlossen, alle gewöhnlichen Parteiinteressen außer acht zu lassen und dieser Entschluß besteht auch heute noch fort. Die Aufgabe ist noch nicht erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis man nicht so oder so zu einer Verständigung über Reparationen und Schulden gelangt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, bis sie erfüllt ist. Erwägungen parteipolitischer Natur würden unseren Einfluß im Lande und in der Welt schwächen und würden die gegenwärtige Bewegung zugunsten eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft schädigen.

Gandhis Dank an die britische Regierung

Aus Puna wird berichtet: Gandhi hat der britischen Regierung seinen Dank für die Beschleunigung ihrer Entscheidung ausgesprochen und der indischen Regierung und den Gefängnisbehörden für die Sorgfalt gedankt, die sie ihm während seines Fastens zuteil werden ließen. In einer Botschaft gelegentlich seines Geburtstages sagt Gandhi, daß er bereit sei, jede „würdige" Anregung zur Zusammenarbeit mit dem Kongreß, der Regierung und der Rundtischkonferenz anzunehmen. „Wenn die Zeit kommt", heißt es am Schluß, „werde ich meinen ganzen Einfluß zugunsten der Zusammenarbeit einsetzen".

Das Befinden des Mahatma hat weitere Fortschritte gemacht und er war in der Lage, indische Musik in seiner Zelle anzuhören.

Kleine politische Nachrichten

Fertigstellung des Mittellandkanals gefährdet?

Im Preußischen Staatsrat hat Dr. Zehle-Magdeburg von der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft folgende förmliche Anfrage an das Preußische Staatsministerium gerichtet: „Nach Zeitungsberichten wird die Fertigstellung des letzten Mittelstückes des Mittellandkanals dadurch gefährdet, daß Preußen sich weigert, die fällige anteilige Rate zu zahlen. Ist das Staatsministerium bereit, Auskunft über den wirklichen Stand zu geben?"

Der Besuch des Reichskanzlers in München

Der in Aussicht genommene offizielle Besuch des Reichskanzlers von Papen bei der Bayerischen Regierung in München wird am 11. Oktober stattfinden. Am Tage darauf hält der Reichskanzler vor den bayerischen Industriellen eine Rede.

Wieder ein aus Rußland zurückgekehrter Kommunist festgenommen

Nachdem erst vor einigen Tagen bei Tilsit der wegen der politischen Bluttat in Röntgental nach Rußland geflüchtete Kommunist Thunert festgenommen wurde, als er im Begriff war, nach Deutschland zurückzukehren, hat die politische Polizei den 27jährigen Kommunisten Walter Buhll in Neukölln verhaftet, der gleichfalls nach einem am 15. Oktober v. J. verübten politischen Ueberfall auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal nach Rußland geflüchtet war und erst vor einigen Tagen nach Deutschland zurückgekehrt ist.

Die deutsch-französischen Kontingentierungsmaßnahmen

Wie Havas berichtet, werden die deutsch-französischen Verhandlungen über die Kontingentierungsmaßnahmen, die die Deutsche Regierung gegenüber gewissen französischen landwirtschaftlichen Produktion zu ergreifen gedenkt, am Donnerstag, 6. Oktober, in Paris beginnen.

Aufschub der deutschen Zahlungen an USA

Aus Washington, 28. September, wird gemeldet: Der deutsche Geschäftsträger Botschaftsrat Leitner setzte das Staatsdepartement heute davon in Kenntnis, daß die Reichsregierung beabsichtige, die Ende September fälligen Ratenzahlungen für die amerikanischen Besatzungskosten und die Mixed Claims aufzuschieben. Das amerikanische Schatzamt nahm hiervon Kenntnis und übergab der Presse eine entsprechende Erklärung zur Veröffentlichung. Auf der vertraglich vorgesehenen dreimonatigen Benachrichtigungsfrist wurde von amerikanischer Seite nicht bestanden.

Deutschlands klare außenpolitische Linie

Die Rückkehr des Reichsaußenministers

Aus Berlin, 28. Sept., wird dem Contibüro berichtet: Der Reichsaußenminister wird morgen mittag zwischen 1 und 2 Uhr in Berlin zurückerwartet. Im Laufe des Nachmittags wird dann noch eine Kabinettssitzung stattfinden, die sich nach den Auskünften der Wilhelmstraße, mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Natürlich steht dabei die außenpolitische Lage mit im Vordergrunde, und es ist möglich, daß diese Beratungen auch am Freitag fortgesetzt werden. Irgendwelche Ueberraschungen sind dabei aber nicht zu erwarten. Jedenfalls ist die Begründung, daß die Abreise des Außenministers auf wichtige Kabinettsberatungen in Berlin zurückgehe, nicht in dem Sinne aufzufassen, als wenn von deutscher Seite irgendwie eine große Aktion geplant oder gar mit einer Abschwenkung von der bisherigen außenpolitischen Linie zu rechnen sei. Diese Linie ist vollkommen klar:

In den ganzen bisherigen Verhandlungen, namentlich auch mit den Engländern, sind Kompromisse in der Abrüstungsfrage angedeutet worden, aber in der grundsätzlichen Frage der Gleichberechtigung ist ein befriedigendes Entgegenkommen nicht festzustellen. Solange das nicht der Fall ist, beteiligen wir uns nicht.

Die Abreise des Freiherrn von Neurath stand schon fest, als bekannt wurde, daß Herriot morgen in Genf sprechen will. Der Reichsaußenminister hat sicher bedauert, daß er dabei nicht anwesend sein kann. An den Dispositionen ließ sich aber nichts mehr ändern. Natürlich muß man zunächst abwarten, was Herriot sagt, und deshalb läßt sich auch noch gar nicht übersehen, ob von Neurath wieder nach Genf fährt, ob eine Antwort von deutscher Seite erfolgt, und, wenn das der Fall sein sollte, in welcher Form und von wem sie gegeben würde. Diese ruhig abwartende Haltung ist ein selbstverständlicher Teil der Linie, die die deutsche Außenpolitik beherrscht.

Angekurbelt!

2239 Neueinstellungen im Schlichterbezirk Westfalen

Die Zahl der Neueinstellungen im Bezirk des Schlichters für Westfalen betragen bis zum 28. September 2239.

Tarifverhandlungen für das untere Lennetal vertagt

Der Arbeitgeberverein für das untere Lennetal verhandelte mit den Gewerkschaften über den Abschluß eines neuen Lohntarifs. Mit Rücksicht darauf, daß die Firmen dieses Bezirks noch wenig Gebrauch von der Notverordnung vom 5. September d. J. machen konnten, forderten die Arbeitgeber einen allgemeinen fünfprozentigen Lohnabbau, Herabsetzung des Akkordzuschlages von 12½ auf 10 Prozent und anderweitige Staffelung der Tarifsätze für jugendliche und weibliche Arbeitskräfte. Die Verhandlungen wurden einstweilen abgebrochen und auf Montag, 3. Oktober, vertagt.

Konflikt in der Weißenfelser Schuhindustrie

Ein in der vergangenen Woche ausgebrochener Arbeitskonflikt in der Weißenfelser Schuhindustrie hat jetzt zur Aussperrung der Arbeiter in allen Betrieben geführt. Die Gesamtbelegschaft der Weißenfelser Schuhfabriken beträgt etwa 2500 Mann. In fünf Betrieben sind in der vergangenen Woche 850 Mann wegen der auf Grund der Notverordnung erfolgten Herabsetzung der Löhne bei gleichzeitiger Vermehrung der Belegschaft in Streik getreten. Auf Antrag des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie, Zweigverein Weißenfels, ist vom Amtsgericht im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet worden, daß die am Streik beteiligten Gewerkschaften bezw. deren Funktionäre gehalten sind, die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit von ihren Mitgliedern zu verlangen, jede tatsächliche oder finanzielle Unterstützung der Streikenden sowie die Weiterorganisierung des Streiks oder öffentliche Kundgebungen an die Einwohnerschaft zu unterlassen und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß in den Weißenfelser Schuhfabriken der tarifliche Zustand wieder herbeigeführt wird. Für jede Zuwiderhandlung wird den Gewerkschaften eine Geldstrafe von je 3000 RM. in jedem Einzelfalle angedroht. Der Aufforderung der Arbeitgeber, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist nirgends Folge geleistet worden. Demzufolge wurden in allen Fabriken die Aussperrungskündigungen mit einer Kündigungsfrist von 14 Tagen ausgesprochen. Gegen die einstweilige Verfügung hatten die Gewerkschaften Einspruch erhoben. Darüber wird vor dem Arbeitsgericht verhandelt werden.

„Der unnützen Worte müde!"

Die allgemeine Aussprache in der Völkerbundsversammlung

In der Völkerbundsversammlung wurde Mittwoch vormittag die allgemeine politische Aussprache fortgesetzt. Die Ausführungen der **Vertreter Boliviens und Paraguays**, die von der Tribüne der Versammlung ihren Friedenswillen bekundeten, gaben dem Präsidenten der Versammlung, Politis, Gelegenheit, die beiden Staaten zur Befolgung der Völkerbundssatzung zu mahnen, damit die „unglückselige Meinungsverschiedenheit" aus der Welt geschafft werde.

Der schweizerische Bundespräsident Motta sprach zur Vertrauenskrise des Völkerbundes. Keine Regierung könne die Verantwortung für ein Scheitern des Völkerbundes übernehmen, der ein Bollwerk des Friedens sei. Der Mann auf der Straße sei der unnützen Worte müde. Man dürfe das Instrument der internationalen Zusammenarbeit nicht zerbrechen. Denn wenn es einmal zerbrochen wäre, könnte es nicht mehr wiederhergestellt werden.

Die nächste Sitzung findet Donnerstagvormittag statt. In die Rednerliste haben sich außer Herriot noch der italienische Vertreter Staatssekretär Aloisi und Lord Robert Cecil eingetragen.

Herriots Ankündigung einer Rede

hat in Genf allgemein überrascht, weil am Dienstag noch von französischer Seite betont wurde, daß Herriot nicht die Absicht habe, in der Versammlung zu sprechen. Der Entschluß Herriots doch zu sprechen, ist, wie in französischen Kreisen verlautet, in einer Sitzung der französischen Delegation gefaßt worden. Es wird aber betont, daß Herriot sich darauf beschränken werde, ganz allgemein über die Tätigkeit des Völkerbundes zu reden. Man sagt, daß Herriot den deutschen Außenminister von seiner Absicht verständigt habe.

In einer Havas-Meldung aus Genf wird bemerkt, daß sich der französische Ministerpräsident Herriot nicht der Völkerbundstribüne bedienen werde, um gegen den Reichskanzler zu polemisieren.

Der Reichsaußenminister reist ab

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat Mittwoch abend um 6 Uhr mit dem Berliner Schnellzug in Begleitung von Gesandtschaftsrat Dr. Völker Genf verlassen, um nach Berlin zurückzukehren. Ob und wann der Reichsaußenminister wieder nach Genf zurückkehren wird, hängt von der weiteren Entwicklung ab. Beschlüsse sind hierüber noch nicht gefaßt.

Bezüglich der Haltung Deutschlands zu der Abrüstungskonferenz haben die Besprechungen, die Freiherr von Neurath mit verschiedenen Persönlichkeiten hatte, die Lage in keiner Weise verändert. Während der Abwesenheit des Reichsaußenministers übernimmt Gesandter von Rosenberg die Führung der Delegation.

Eine Erklärung Hendersons

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat vor seiner Abreise nach London in Genf der Presse folgende Erklärung abgegeben: „Der Präsident der Konferenz für die Herabsetzung der Rüstungen hat seine Besprechungen bis zu seiner Abreise nach London Mittwoch abend fortgesetzt. Im Laufe des Tages hat er mit Freiherrn von Neurath, Baron Aloisi, Benesch, Zaleski, Hymans und Maderiaga Unterredungen gehabt. Henderson hofft, daß genügende Fortschritte bis zu seiner Rückkehr nach Genf zu der nächsten Sitzung des Büros am 10. Oktober gemacht werden, um ihm zu erlauben, dem Büro bei seiner ersten Sitzung einen Bericht vorzulegen und die Prozedur zur Behandlung der Sicherheit und der Gleichberechtigung ins Auge zu fassen."

Irisches Glückwunschtelegramm an De Valera

Das Kabinett des Irischen Freistaates hat an De Valera wegen seiner Eröffnungsrede in Genf ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

Beitritt Argentiniens zum Völkerbund

Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Ministers des Auswärtigen hat die Argentinische Kammer mit großer Mehrheit den Beitritt Argentiniens zum Völkerbund beschlossen.

Der Lytton-Bericht

Aus Genf wird berichtet: Die chinesische Regierung veröffentlicht eine Note, in der sie der japanischen Regierung die volle Verantwortung für den Konflikt im Fernen Osten beimißt und sich alle Rechte, die ihr aus den bestehenden Verträgen zukommen, vorbehält.

Ferner veröffentlicht der Generalsekretär des Völkerbundes einen Brief des chinesischen Hauptdelegierten, in dem dieser ersucht, den 19er Ausschuß einzuberufen, um sich mit der Frage der Ueberschreitung der Sechsmonatefrist für die Behandlung des Lytton-Berichtes zu beschäftigen. Der chinesische Delegierte spricht ferner den Wunsch aus, daß der 19er Ausschuß die notwendigen Maßnahmen ergreift, um Japan zu verhindern, in der Zwischenzeit die Lage zu verschärfen und auszunützen

Schwere Zuchthausstrafen für Mißhandlung eines Polizeibeamten

Das Beuthener Sondergericht verurteilte sechs Arbeiter, die am 5. August einen Polizeibeamten, der sie wegen nächtlicher Ruhestörung verwarnt hatte, überfallen, entwaffnet und mit seinen eigenen Waffen schwer mißhandelt hatten, zu Zuchthausstrafen von 12, 11, 10 und 8 Jahren und zu Gefängnisstrafen von 3 bezw. 2 Jahren. Der Staatsanwalt hatte insgesamt 60 Jahre Zuchthaus beantragt.

Tagung des Vereins für Sozialpolitik

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Dresden sprach nach der Begrüßung Professor Saitzow-Zürich über „Deutschland und die Weltkrise". Die gegenwärtige katastrophale Lage sei nicht durch die Industrialisierung allein herbeigeführt worden. Vielmehr müsse der Anteil der Rationalisierung an der Depression berücksichtigt werden. Als besonders schwerwiegend sei der falsch angewandte politische Interventionismus zu werten. Als Krisenursachen dieser Kategorie sah der Redner vor allem den Versailler Vertrag sowie protektionistische und prohibitive Maßnahmen an.

Das Korreferat hielt Professor Dr. Colm-Kiel über die einzelnen Ursachen, das Ausmaß und die Ausdauer der Gleichgewichtsstörungen, die durch die zunehmende Industrialisierung in der Wirtschaft hervorgerufen worden sind.

Das Elektrizitätswerk in Brüssel zerstört

Aus Brüssel, 28. Sept., wird gemeldet: Das hiesige Elektrizitätswerk ist durch eine Turbinenexplosion vollkommen zerstört worden. Die Stromversorgung der Stadt ist gänzlich stillgelegt.

Die Zerstörung des Werkes, so heißt es in einer weiteren Wolffmeldung, ist, entgegen den ersten Mitteilungen, nicht auf eine Explosion zurückzuführen, sondern auf einen Brand, der in den Leitungsanlagen des Hauptsaales entstand und sich mit so überraschender Schnelligkeit ausbreitete, daß die Belegschaft eben noch Zeit hatte, sich Hals über Kopf in Sicherheit zu bringen.

Die gesamten Anlagen mit ihren großen Turbinnen sind tatsächlich vollständig vernichtet. Nur ein Nebenwerk mit einer Leitung von 36 000 PS. konnte gerettet werden. Es bestätigt sich, daß damit die Kraftversorgung der gesamten Stadt zunächst stillgelegt worden ist. Ein Arbeiter hat schwere Brandwunden erlitten. Riesige Menschenmassen beobachteten die Katastrophe von den Ufern eines in der Nähe vorbeiziehenden Kanales.

Eine Schreckensbilanz des Erdbebens in Chalkidike

Bei dem Erdbeben in Chalkidike wurden insgesamt 2600 Häuser völlig zerstört und weitere 850 so beschädigt, daß sie unbewohnbar geworden sind. Die technischen Bauten der Kassandra-Gruben wurden gänzlich vernichtet. Die Zahl der Toten wird jetzt mit 141, die der Verwundeten mit 403 angegeben, davon 52 Schwerverletzte. Der Sachschaden beziffert sich auf viele Millionen Drachmen. Allein zum Aufbau von Ersatzholzhäusern sind 27 Millionen Drachmen notwendig.

Entgegen anderen Meldungen ist das Inselchen Amuliani nicht im Meer versunken. Auf dem heiligen Berg Athos wurde nur geringer Schaden angerichtet.

Die Sturmkatastrophe über Portorico

Aus San Juan (Portorico), 28. Sept., wird gemeldet: Das Tornadounglück hat mehr als 200 Tote und über 1000 Verletzte gefordert. Hunderte Familien sind obdachlos. Die gesamte Ernte von Früchten und Kaffee ist vernichtet. Unzählige Gebäude sind durch den Tornado zerstört worden. Die Verbindungen mit dem Inneren der Insel sind unterbrochen. Die Hauptstadt bietet den Anblick vollkommener Zerstörung. Die Stadt ist ohne Wasser, Licht und Fernsprechbetrieb. Die Dächer der Lagerhäuser sind fortgetragen, die Warenlager sind durch die Wolkenbrüche stark beschädigt. Die Instrumente des meteorologischen Büros sind durch den starken Sturm weggefegt worden, das Büro selbst ist vollkommen überschwemmt.

Die Hilfeleistung ist organisiert worden in Schulen und Kirchen, die in Lager für die Obdachlosen umgebildet worden sind. Das amerikanische Rote Kreuz schickt Zucker, Kleider und Medikamente durch ein Kriegsschiff. Ebenso nehmen die Armee und die Marine der Vereinigten Staaten an der Hilfeleistung teil. Gefangene unterstützen die Bürgergarde in der Arbeit zum Freimachen der zerstörten Straßen.

Eine andere Meldung berichtet: Die besonders von dem Wirbelsturm betroffenen Gebiete sind Arecibo und Fajando, hauptsächlich das Gebiet zwischen Fajando und Carolina, wo alle Städte dem Erdboden gleichgemacht sind. Die Regierungsbüros werden am Donnerstag wieder geöffnet sein, als ob nichts geschehen wäre gemäß dem Wunsch des Gouverneurs, der die Meinung geäußert hat, daß man sich nicht der Verzweiflung hingeben dürfte.

*

Aus Santo Domingo, 28. Sept., kommt die Meldung: Der Wirbelsturm, der Portorico verheert hat, hat jetzt Sanpredo de Macoris im Süden der Insel Haiti heimgesucht. Alle Vorsichtsmaßregeln sind dort ergriffen worden

Ottawa und die anderen

Von Dr. Konrad Mager

Wie bei der Aufgabe des Goldstandards durch England werden sich auch bei den Ergebnissen von Ottawa die Folgen über die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder erst allmählich bemerkbar machen. Das dicke Ende kommt nach, wenigstens für die industriellen Konkurrenten Englands auf den Märkten der Dominions und Indiens. Denn sie wissen immer noch nicht, was eigentlich in Ottawa beschlossen wurde. Bestimmt scheint sich England ein erheblich größeres Stück aus dem Reichskuchen herausschneiden zu dürfen als vor der Konferenz, und der **amerikanische Nachbar** Kanadas hat bereits ausgerechnet, daß ihn der Familientag runde **1200 Millionen Mark koste.** So hoch schätzen die Vereinigten Staaten den Handelsverlust ein, den der Uebergang der Aufträge in die englischen und dominalen Ordrebücher bewirkt. Amerika verliert ja nicht nur Industrieaufträge aus Kanada, Australien, Neuseeland und Indien, sondern es wird künftig auch nach England weniger leicht gewisse Agrarprodukte — acht Zehntel der englischen Schinkeneinfuhr stammen aus den Vereinigten Staaten — liefern können, weil jetzt die Tochterländer einen noch größeren Vorzug bekommen als bisher. Man tröstet sich in Washington zwar damit, daß die Kanadier und Australier eher auf Amerikas Warenstandard, Kaufsitten und Einrichtungen eingestellt seien, und schließlich arbeite in Kanada genügend amerikanisches Kapital, um Auswüchse zu unterbinden; aber die englisch-amerikanische Freundschaft ist durch Ottawa nicht gerade größer geworden, zumal man zurzeit auch noch in der Flottenfrage übers Kreuz ist.

So wirkt im amerikanischen Falle Ottawa schon ein wenig in die große Politik hinein, es tut es im russischen Falle noch mehr. Man wird zwar in sämtlichen Vertragstexten nirgends das Wort Rußland finden, aber jeder enthält doch eine **Russenklausel**, die man sofort erkennt, wenn man sie durchliest. Es heißt darin: Die Verträge sind unter der ausdrücklichen Voraussetzung eingegangen worden, daß jeder Vertragspartner sich verpflichtet, alle Wareneinfuhr zu verhindern, die die Vorzugszölle dadurch wertlos macht, daß die **Einfuhr durch direkte oder indirekte partielle oder ganze Staatsmaßnahmen zu Schleuderpreisen** stattfinden kann. Bekanntlich hat Kanada sogar verlangt, England solle seinen Handelsvertrag mit Rußland kündigen. Mit der Rußlandklausel wird der gleiche Zweck erreicht, wenn die Russen nun wieder mit Weizen und Grubenholz in englischen Häfen erscheinen, so müssen sie einer Ablehnung gewärtig sein, denn über das Thema „Zwangsarbeit" und Dumping ist die englische Oeffentlichkeit gründlich unterrichtet worden. Indessen wird auch hier mit Wasser gekocht werden müssen, weil **England es sich nicht leisten kann, die Russen vor den Kopf zu stoßen,** ausgerechnet in dem Augenblick, wo diese mit den Amerikanern auch ins politische Geschäft zu kommen scheinen und auch aus Paris lieblicheren Tönen lauschen dürfen. Nebenbei bemerkt, läßt sich diese Klausel gelegentlich auch gegen jede andere Einfuhr anwenden, z. B. gegen polnische Schweine, wenn der polnische Staat noch rücksichtsloser den Schleuderexport finanziert.

Zu den Hauptleidtragenden gehören bekanntlich auch die **skandinavischen und baltischen Staaten,** sowie **Polen.** Die Dänen, die noch vor kurzem dem deutschen Importeur den Rücken kehrten, weil sie nun ganz groß mit den Engländern ins Geschäft kämen, lächeln auf einmal wieder freundlich nach der Südgrenze. In der Tat wird **Dänemark besonders hart getroffen.** Seine Eier, sein Speck und seine Butter werden je länger je mehr von den Produkten der Dominions verdrängt werden. Zwar genießt der dänische Speck und die dänische Butter in England heute noch ein größeres Ansehen als z. B. die neuseeländische Butter. Aber das kann sich bald ändern. Wenn z. B. die Kanadier mehr zur Butter- und Schweineproduktion übergehen, werden sie bald ähnliche Qualitäten erzeugen können wie die Dänen. Das dänische Ei wird am schwersten leiden. Bei den heutigen Preisen kann es die englische Zollmauer nicht mehr überhüpfen. Auch der Butterzoll ist um die Hälfte erhöht worden. Aehnlich wird es mit dem Speck aussehen. Bis jetzt lieferte Dänemark rund sieben Zehntel der englischen Speckeinfuhr. England kaufte etwa 500 000 Tonnen im Jahr. Davon hat soeben Kanada glatt 100 000 Tonnen zugesprochen bekommen, obwohl dieses heute noch gar nicht so viel übrig hat. Aber die Schweinezucht läßt sich ja rasch aufbauen, Gefährlicher wird im Lauf der Zeit die innerenglische Produktion werden, die der Staat mit allen Mitteln zu heben versucht. Schließlich erscheint auch noch Polen als ernster Konkurrent auf dem englischen Speckmarkt, und bei der primitiven Lebenshaltung des polnischen Kleinbauern wird das polnische Schwein vor dem dänischen noch eher das Rennen machen, bis es, weil Dumping verursachend, vielleicht ausgesperrt wird.

Man studiert daher in Warschau mit sorgfältiger Stirn die englische Verbraucherstatistik, und rechnet seinen kommenden Anteil aus. Es wird **nicht mehr viel übrig bleiben für die polnische Agrarausfuhr nach England,** und, wenn Polen es mit der Subvention seiner Kohlenausfuhr in die umkämpften nordischen Märkte zu schlimm treibt, könnte England eines Tages als Gegenmaßnahme die Türe ganz zumachen. Von den Vorzugszöllen für Metereiprodukte und Holz werden auch die baltischen Staaten **Finnland, Estland, Lettland und Litauen** getroffen. Sie hatten sich gerade in **Butter** einen wachsenden Anteil am englischen Verbrauch erobert und werden nun zurückgedrängt werden. Die Folge ist natürlich, daß alle diese Produkte, wozu man auch noch den **amerikanischen und argentinische Weizen** rechnen muß, sich auf den nächsten großen Markt stürzen werden, **auf den deutschen.** Der Wirtschaftsplan der deutschen Regierung ist auch in dieser Beziehung von allergrößter Wichtigkeit.

Bekanntlich hat neben Weizen und Russenklausel die **Fleischfrage** in Ottawa eine bedeutende Rolle gespielt. Hier standen die großen englischen Ausfuhrinteressen nach Argentinien und Uruguay zur Debatte. **Argentinien** kann England niemals beiseite liegen lassen, zumal in der argentinischen Fleischproduktion in erster Linie englisches Kapital steckt. Man half sich in Ottawa durch Verzögern und Kontingente. Wie künftig die Verteilung der englischen Fleischeinfuhr aussehen **wird, weiß noch** niemand. Fest steht, daß sich Australien und Neuseeland in ein Kontingent von gefrorenem Hammel- und Lammfleisch teilen müssen. Nun ist aber nicht Hammel- und Lamm-, sondern Rindfleisch der Streitfrage. Hier liegt die Sache wieder so, daß man zwischen Gefrier- und Kühlfleisch unterscheiden muß. An Gefrierfleisch haben Australien und Neuseeland Argentinien schon überflügelt. Dagegen hat dies den Markt für Kühlfleisch dank seiner besseren technischen Einrichtungen und der größeren Marktnähe siegreich behauptet. Von 9,5 Millionen Quarter Kühlfleisch hat es bisher allein 8 Millionen geliefert. Aber Neuseeland, Australien und Kanada drängen auch auf dem Gebiete des Kühlfleischimports vor, und daher ließ man in Ottawa diese Frage noch offen, versprach aber den Dominions einen wachsenden Teil des Fleischmarktes.

Es gibt noch zwei Gebiete, wo deutsche Spezialinteressen berührt werden. Das erste betrifft die Ausdehnung der **Vorzugszölle auf die Mandate,** vor allem auf **unsere früheren Kolonien.** Für sie gilt bekanntlich kraft internationalen Rechts das Prinzip der offenen Tür: jedes Mitglied des Völkerbundes, und kraft Sondervertrag auch Amerika, genießen gleiche wirtschaftliche Behandlung. Ottawa hat nun die Vorzugszölle für Empireprodukte auch den Mandaten zugesprochen, d. h. Produkte aus den Mandaten genießen bei ihrem Eintritt nach England und anderen Reichsteilen Vorzugszölle. Hingegen dürfen Mandate den britischen Reichsteilen keine Vorzugszölle gewähren. Davon macht Südafrika eine Ausnahme. Es beansprucht, daß **Deutschsüdwestafrika** als Teil der Südafrikanischen Union behandelt wird. Es fragt sich einmal, ob dieser Anspruch völkerrechtlich zu halten ist. Dann hat Südafrika offenbar den **deutsch-südafrikanischen Handelsvertrag mißachtet;** denn es hat entgegen den Bestimmungen dieses Vertrages den Engländern neue Vorzugszölle gewährt, die automatisch auch Deutschland zufallen müßten. Die englische Presse behauptet, Deutschland werde keinen Einspruch erheben. Da sich die neuen Vorzugszölle aber gerade auf solche Produkte beziehen, die unserer Ausfuhrindustrie nach Südafrika bisher besonders am Herzen lagen, wie Lokomotiven, Schienen, Maschinen, Elektroapparate usw., darf man eine amtliche deutsche Aeußerung bald erwarten. Wir haben den Dominions wahrhaftig nichts zu schenken, da wir ihnen im Durchschnitt das Doppelte von dem abnehmen, was sie bei uns kaufen

Der verschobene Start der Winkler-Rakete

Der Start der Winkler-Rakete, der infolge einer technischen Störung abgebrochen werden mußte, wird nunmehr im gleichen Rahmen am 6. Oktober stattfinden. Die Behörden haben auch für diesen Start ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Das Versagen der Rakete ist darauf zurückzuführen, daß infolge des feuchten Seeklimas die Ventile und Zuleitungsrohre sich mit einer dicken Eisschicht bedeckten, da die Temperatur des flüssigen Sauerstoffs und des flüssigen Methans 200 Grad Celsius beträgt.

Kriegerisches und Friedliches in Amerika

Die USA. bauen Kriegsschiffe — um die Arbeitslosigkeit zu vermindern!

Einer „Exchange"-Meldung aus Washington zufolge hat der Marinesekretär angekündigt, daß die Regierung sofort an den Bau von drei neuen Zerstörern gehen werde. Der Bau der Zerstörer war seinerzeit aus Sparsamkeitsrücksichten aufgeschoben worden. Die Begründung dafür, daß der Bau jetzt in Angriff genommen werden soll, lautet, daß man dadurch die Arbeitslosigkeit vermindern wolle.

Verstimmung des Staatsdepartements über einen englischen Schritt in Lateinamerika

Der „Times"-Korrespondent in Washington meldet: Hier wird bekanntgegeben, daß Großbritannien General Martinez als Präsidenten von El Salvador anerkannt hat. Dieses Vorgehen, das einem kürzlich von Staatssekretär Stimson an das britische Foreign Office gerichteten Ersuchen widerspricht, hat im Staatsdepartement mehr Erbitterung hervorgerufen als irgendeine Handlung des Foreign Office im lateinischen Amerika seit der Entsendung zweier britischer Kreuzer nach Nicaragua im Jahre 1927.

Ruhe in Chile

Aus Santiago de Chile, 28. Sept., wird berichtet: Die Regierung gibt bekannt, daß überall im Lande Ruhe herrsche, und daß die Armee treu zur Regierung stehe. Die Meldungen über eine gegenrevolutionäre Bewegung in Antofagasta seien darauf zurückzuführen, daß die dortige Garnison gegen eine mögliche Rückkehr des früheren Präsidenten Ibanez und seine politische Tätigkeit protestiert habe.

Bolivien lehnt ein vorbehaltloses Schiedsgerichtsverfahren ab

Wie Havas aus La Paz berichtet, hat der bolivianische Minister des Aeußern ein vorbehaltloses Schiedsgerichtsverfahren im Gran Chaco-Streit abgelehnt und gegen Paraguay den Vorwurf erhoben, daß es für die Annahme des Waffenstillstandes unannehmbare Bedingungen stelle

Die politischen Mordtaten in Havanna

Wie Londoner Blätter aus Havanna berichten, wurden außer dem Senatspräsidenten noch ein Mitglied der Abgeordnetenkammer und seine zwei Brüder getötet sowie ein Senator verwundet

Wegen der Morde ist der Belagerungszustand über Havanna verhängt worden.

„Haarglanz" festigt die Frisur!

Er macht das Haar straff und elastisch. Infolgedessen läßt es sich noch einmal so leicht frisieren, und die Frisur hält länger. „Haarglanz" erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond", die aufhellende Spezial-Sorte!

Der Gesandte des toten Zaren

Diplomatischer Spuk in Bukarest

Wenn nach dem alten russischen Kalender ein Feiertag ist, dann wird an einem alten, langsam verfallenden Haus in dem Regierungsviertel in Bukarest eine alte russische Zarenflagge gehißt. Sie ist verblichen und ausgefranst von den Stürmen und den Jahren. Das Gitter, das dieses einstmals gewiß sehr ansehnliche Haus umgibt, ist von Rost verfressen. An der Rückseite bröckelt der Stuck von der Hauswand in den Garten, der verwildert und verödet liegt. Ueber der Eingangstür ist der doppelköpfige Adler zu sehen. Und in der alten russischen Schreibweise ist zu lesen, daß sich hier die kaiserlich russische Gesandtschaft befindet.

Man stellte alte russische Päße aus

Man glaubt seinen Augen nicht zu trauen. Wirklich, die alte russische Gesandtschaft. Sie ist geöffnet wie in jenen Tagen, als Nikolaus II. noch Zar aller Reußen war. Man hat Geschäftsstunden hier, wie vor jenem unheilvollen Jahr 1917, als die Revolution die Herrschaft des Zaren zerbrach. Es ist, wie wenn die Zeit an diesem Haus vorüber gegangen sei. Nicht äußerlich, aber doch im Charakter. Und wer hierhin kommt und sagt, er wolle nach Rußland oder er brauche einen Paß, dann stellt man ihm einen alten russischen Paß aus, mit dem er dann gleich an der Grenze verhaftet werden würde, wollte er versuchen, sie damit zu überschreiten.

Ein Sekretär bedient einen höflich und meldet einen bereitwilligst bei Seiner Exzellenz dem Grafen Poklewski Koziel, dem Kaiserlichen Botschafter des Zaren am rumänischen Hof. Und man kann hier mit diesem Grafen sprechen, der offiziell nichts davon weiß, daß im Kreml nicht der Zar, sondern ein anderer sitzt und regiert.

Abberufung nur durch den Zaren oder den — Tod

Glauben Sie, daß es einen Zweck hat, diesen Grafen zu überzeugen? Er hat doch sein Auftragsschreiben mit der Unterschrift des Zaren. Der Zar hat dieses Schreiben nie für ungültig erklärt. Er steht in der offiziellen diplomatischen Liste, er empfängt auch alle Ehreneinladungen wie die anderen Vertreter großer Länder. Sogar im Telephonbuch steht er als Vertreter Rußlands aufgeführt. Und der Diplomat versichert, daß er erst von seinem Posten weichen werde, wenn der Zar ihn abberufe oder der Tod ihm die weitere Vertretung seines Herren in Rumänien unmöglich mache. Und daß er noch auf der diplomatischen Liste steht, verdankt er der Freundlichkeit der Rumänen, die es nicht über sich bringen, ihm die Illusion seiner Größe zu nehmen. Das fällt ihnen um so weniger schwer, als Rumänien die Regierung der Sowjetunion nicht anerkennt. Die Proteste der neuen Regierung im Kreml werden überhört und übersehen.

Zwei Paläste werden gebaut

Um das Haus dieses letzten Gesandten des toten Zaren ranken sich für die Bukarester mancherlei Erinnerungen. So um das Jahr 1890 trafen eines Tages 50 bis 60 Russen in Bukarest ein. Erdarbeiter, Zimmerleute, Architekten, Maurer. Und sie begannen ein wundervolles Haus zu bauen. Eben jenes Haus, das jetzt dem Verfall entgegengeht. Das Haus war für die damaligen Begriffe dieses bettelarmen Landes so wunderschön, daß der königliche Palast davon absolut „ausgestochen" wurde. Ganz alte Mitglieder des diplomatischen Korps versichern, die königliche rumänische Familie sei damals grün geworden vor Neid. Aber sie konnte ja schließlich nicht dagegen protestieren, doch ruhte sie nicht eher, bis sie einen neuen Palast hatte.

Das waren jene Tage, als der Einfluß Rußlands auf dem Balkan von Tag zu Tag wuchs. Die russische Gesandtschaft wurde damals der gesellschaftliche Mittelpunkt von Bukarest. In dem heute verstaubten Ballsaal drehten sich die Paare, die prachtvollsten Gastmahle sahen alle Großen des Balkans am Tisch.

Nächtliche Tafel des Einsamen

Jener Saal, in dem einst die großen Empfänge stattfanden, ist mit dunklen Tüchern verhängt, auf denen der Staub der letzten 15 Jahre liegt. Der Gesandte des toten Zaren empfängt nicht mehr. Aber man erzählt sich, daß er bisweilen nachts allein in dem Saal sitze und in seiner früheren Galauniform wie ein Geist vergangener Tage warte und warte . . .

Nein, er empfängt nicht mehr. Er ist arm geworden. Er hat kein Geld um große Feste zu veranstalten, sonst würde er sie in der alten Pracht inszenieren. Und er würde das diplomatische Korps im Namen des Zaren begrüßen und auf das Wohl des Herrschers aller Reußen ein Glas leeren.

Der Pförtner vermietet ein Stockwerk

Viele fragen sich seit langem, wie dieses Haus weiterbestehen kann — allein auf Grund der Illusionen, die ein russischer Graf sich vorgaukelt. Denn außer ihm „arbeiten" für den toten Zaren dort noch sein alter Kanzlist, der erste Sekretär und Molotoff, der Hauswart.

Das Haus befindet sich in einer vorzüglichen Lage. Es liegt an der Hauptstraße von Bukarest, an der Galeia Victorei, ebenfalls wie der Palast des Königs Karl von Rumänien. Man hat versucht, dem Grafen das Haus abzukaufen. Er wollte die Zustimmung des Zaren einholen, sagte er in allem Ernst. Und die Zustimmung ist noch nicht da . . . Der Hauswart fand eine andere Lösung. Er wußte den Grafen zu bereden, die Geschäftsräume, in denen man vergebens und untätig die Tage verbringt, in den ersten Stock zu verlegen. Und heimlich ging er hin und vermietete die unteren Räume an einen Geschäftsmann, der hier einen Laden einbaute. Der Graf weiß offiziell von nichts. Und wenn er einmal das Haus verläßt, dann sieht er über diese Geschäftsräume hinweg, die einer zaristischen Gesandtschaft unwürdig sind. Aber von der Miete kann sich der Graf mit seinen Angestellten nicht halten.

Der Kanzlist verkauft die Einrichtung

Einer hat das Geheimnis ein wenig gelüftet. Der Kanzlist Dr. Miliukoff. Er wurde von einem alten Freund gefragt, wie sie alle ihr Leben fristeten. Da nahm er ihn bei der Hand und führte ihn durch die dunklen verhängten Räume.

„Schau Dich hier um. Jetzt ist alles öde und kahl hier. Unter diesen aufgebauschten Tüchern ist nichts, gar nichts. Früher lagen hier wertvolle türkische Teppiche, Gobelins zierten die Wände. Wundervolles Porzellan stand in diesen Schränken. Im Speisesaal standen goldene und silberne Services von außerordentlichem Wert. Ich habe ein Stück nach dem anderen verkaufen müssen, damit wir zu leben haben . . ."

Sowjetproteste „z. d. A."

Die Sowjets haben an die rumänische Regierung einen neuen Protest geschickt in diesen Tagen. Sie bezeichnen es als eine Verletzung des Völkerrechts, daß man in Bukarest einem alten Diplomaten gestatte, seine Funktionen auszuüben, wie wenn das alte Zarenreich noch bestände. Und die Sowjets verlangten die Rückgabe des Gebäudes mitsamt allem Inhalt, da das Haus Eigentum der russischen Regierung sei.

Dieses Schreiben kommt zu den übrigen. Man beachtet sie einfach nicht. Eines Tages wird das auch in Rumänien anders sein, denn Rumänien wird nicht auf die Dauer das einzige Land bleiben können auf dem Balkan, das die Existenz Sowjetrußlands abstreitet oder übersehen will. Ist es aber anders eines Tages, dann hat der Spuk in dem verwitterten Haus in der Galeia Victorei ein Ende.

Wenn das Schicksal dem Grafen Poklewski Koziel gnädig ist, dann hat der Tod ihn bis dahin aus seinem Dienst abberufen, da sein Zar Nikolaus II. ihn nicht mehr abzuberufen vermag.

Dann ist der letzte Gesandte des toten Zaren gestorben.

Eine Falschmünzerwerkstatt in Mainz ausgehoben

Falschmünzerei in großem Stile beabsichtigt

Der Zusammenarbeit der Polizei in Oberstein und der Mainzer Kriminalpolizei ist es gelungen, eine im Entstehen begriffene Falschmünzerwerkstätte auszuheben. Der Kaufmann Barth in der Gaugasse in Mainz, dessen Ehefrau und ein Komplize aus Oberstein hatten in der Wohnung des Kaufmanns eine vollständige Münzwerkstätte eingerichtet. Sie wollten falsche Fünfmarkstücke herstellen. Als sie weiteres Material zur Herstellung der Falschstücke in Oberstein abholen wollten, konnten sie dort abgefaßt werden. Die hierauf einsetzende Ermittlungstätigkeit der Mainzer Kriminalpolizei führte sodann zur Aushebung der Münzwerkstätte. Die Herstellung der Falschstücke war in großem Stile gedacht, denn die Falschmünzer hatten sich eine schwere Presse und einen Schweißapparat (etwa 3½ Zentner schwer) zum Schmelzen des zu verwendenden Materials verschafft. Nach Lage der Sache muß angenommen werden, daß noch mehrere Personen an der Falschmünzerwerkstätte interessiert waren. Die Ermittelungen werden in dieser Richtung noch fortgesetzt.

Zahlungseinstellung der Stadt Lage

In der Stadtverordnetensitzung der lippischen Stadt Lage machte der Bürgermeister davon Mitteilung, daß er als Beauftragter der Aufsichtsbehörde gezwungen sei, ab 1. Oktober dieses Jahres die Zahlungen der Stadtverwaltung Lage einzustellen. Aus den verfügbaren Eingängen könnten nur noch Unterstützungen bzw. Löhne und Gehälter gezahlt werden. Schuld an der Zahlungseinstellung sei der Kreis Detmold, der trotz aller Mahnungen die rückständigen Ueberweisungen nicht geleistet habe.



Diesen Rat müssen Sie befolgen!

Waschen, Abseifen und Schrubben nur mit dem seit über 50 Jahren bewährten **Dr. Thompson's Schwan-Pulver.** Unübertroffen in Reinigungskraft und Billigkeit. Paket nur 24 Pfennig, Doppelpaket nur 44 Pfennig. Sie kennen doch die rote Packung mit dem Schwan.

Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfennig.

Sch. 796

Hamka-Waren helfen der Hausfrau sparen

Margarine, frisch	Pfd.	26 Pfg.	Bierwurst, prima	Pfd.	78 Pfg.
Schmalz, rein	„	48 „	Fleischwurst, feinste	„	90 „
Cokosfett	1 Pfd. Tafel	28 „	Bratwurst, feinste, ger.	„	89 „
Salatöl, goldhell	Liter	42 „	Hausm. Blut- u. Leberwurst	„	40 „
Schweizerkäse, vollsaftig	Pfd.	98 „	Leberwurst, feinste	„	100 „
Holländer, vollfett	„	68 „	Hausm. Sülze	„	55 „
Edamer, vollfett	„	78 „	Edamer, prima	„	48 „

Ausnahme-Angebot für diese Woche 45% Mai-Gouda Pfd. nur 78 Pfg.

Konserven und Hülsenfrüchte neuer Ernte

Gemüse-Erbsen, feinste	Kilo-Dose	55 Pfg.	Neue gelbe Erbsen	2 Pfd.	35 Pfg.
Schnitt- und Brechbohnen, fadenfrei	Kilo-Dose	50 Pfg.	Weiße Bohnen	2 „	25 „
Pflaumen, feiner Geschmack	Kilo-Dose	50 Pfg.	Buchweizenmehl	1 „	22 „
Erdbeeren, sehr fein	„	98 „	Auszugmehl, lose	1 „	24 „

Neues Sauerkraut Pfd. 8 Pfg. **Neue holl. Vollheringe 10 Stück 45 Pfg.**

Jeden Donnerstag frische Seefische, Roheßbückinge, Fischmarinaden zu billigsten Tagespreisen!

Auf alle Waren Rabatt!

Hamburger Kaufhaus Franz Bremer

Burscheid Opladen

Drucksachen

zu billigsten Preisen liefert die Buchdruckerei d. Zeitung

BMW - Imperia und FN Motorräder

von 695 Mark an. (Steuerfrei).

Willy Hausmann

Nagelsbaum, Fernsprecher 496.

Kasino Blasberg

Donnerstag, 29. Sept., abends 8.30 Uhr,

Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung von Kohlen, Briketts, Kalk u. Saatweizen.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Margarine-Verteiler

für Burscheid u. Umgebung von führender Firma gesucht. Lohn, bezw. Provision. Kundschaft vorhanden.

Saubere Leute wollen sich schriftlich melden unter H. K. 556 bei der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bestellungen auf

Einmachkappus

nimmt entgegen

Robert Seck, Hilgen
Witzheldenerstr. 32b
Fernsprecher 603.

Bestellungen auf

Einkeller-kartoffeln

(gelbe Industrie) nimmt entgegen

Bernhard Schultes Hilgen.

Achtung! Achtung!



Es wird am **Freitag, den 30. September,** nachm. von 4 bis 6 Uhr, an der Wirtschaft **H. Prante in Hilgen** ein großer Transport

Oldenb. Schweine

das Stück von 6 RM an, auch größere Läuferschweine, spottbillig verkauft.

Kutsch, Bossel

Mehl billiger

Weizenmehl	1 Pfd.	22	Pfg.
Kaiser-Auszugmehl	2 „	50	„
Tafelmargarine	1 „	28	„
Palmbutter	1 „	30	„
Schmalz garant. rein	1 „	45	„
Salatöl	Liter	45	„

5% Rückvergütung 5%

P. Hamacher

Hauptstraße Fernruf 601

gegenüber der Sparkasse.

Das gibts nur einmal!

Oktober-Fest im Kaiserhof



Samstag, den 1. Okt., abends 8 Uhr, findet in den gemütlichen Räumen des Kaiserhofs ein **Oktober-Fest** statt.

Für Stimmung und Unterhaltung sorgen die beiden Kanonen

Herbert Schlichting

Stimmungsmacher, vorm. Thalia-Theater Elberfeld.

Hilde Gardis, Tanz-Soubrette vorm. Bavaria-Elberfeld.

Eintritt frei. Küche u. Keller bieten das Beste.

Spezialität:

Hämmchen mit Sauerkraut

Es laden freundlichst ein:

J. Roer und Frau

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 229 2. Blatt Donnerstag, 29. September 1932

Arbeitsausschußsitzung des Kreisverkehrsverbandes

Für gestern Nachmittag hatte der Kreisverkehrsverband zu einer Sitzung des Arbeitsausschusses in den Gasthof „Zur Eich" in Wermelskirchen eingeladen, die recht gut besucht war.

Der Vorsitzende des Kreisverkehrsverbandes, Herr Landrat Trimborn, hieß die Erschienenen herzlich willkommen und drückte seine Freude darüber aus, daß sämtliche Orte des Rhein-Wupper-Kreises vertreten seien. Man habe die Sitzung nach Wermelskirchen einberufen, weil man dieselbe mit der Teilnahme an der 50-jährigen Jubelfeier des Verkehrs- und Verschönerungs-Vereins Wermelskirchen beschließen wolle. Im Mittelpunkt der Tagung stehe ein Vortrag über die Verkehrsbeziehungen innerhalb des Kreises und zu den benachbarten Großstädten, für den man einen prominenten Herren, und zwar Herrn Dr. Ing. Hecker vom Landesplanungsverband in Düsseldorf, gewonnen habe. Solche Bestrebungen seien von außerordentlicher Wichtigkeit und verdienten vollste Beachtung und Unterstützung. Weiter dankte Herr Landrat Trimborn dem scheidenden treuen und arbeitsfreudigen Mitgliede des Arbeitsausschusses. Herrn Ohligs-Opladen, der ja bekanntlich zum Bürgermeister von Eitorf an der Sieg gewählt sei, für dessen eifrige Mitarbeit, und stellte die beiden neu ernannten Konservatoren des Kreises, Herrn Konrektor Blankertz-Hückeswagen und Herrn Rektor Lennartz-Schlebusch vor, denen er viel Glück und Erfolg auf dem Gebiete der Altertumsforschungen wünschte.

Die Verkehrsbeziehungen innerhalb des Kreises und zu den benachbarten Großstädten

In seinem anschließenden höchst interessanten Vortrag wies Herr Herr Dr. ing. Hecker zunächst auf die vom Kreisvermessungsamt ausgestellten Karten hin, die der frühere Kreis Lennep während der Umgliederungsverhandlungen herstellte. Für den früheren Kreis Solingen, der weniger durch die „Umgemeindung" bedroht war, fehlt es an ähnlichem Kartenmaterial. Ebenso fehlt die zusammenfassende Aufarbeitung für den neuen Kreis.

Da bei Herrn Landrat der durchaus richtige Wunsch bestand, anstelle von Lichtbildern Karten vorzuführen, welche die Möglichkeit weiterer Besprechung und Verarbeitung bieten, mußte der Vortragende in kürzester Frist für seine Demonstrationszwecke selbst Kartenmaterial herstellen. Die heutige Besprechung könne daher noch nichts Abschließendes nach Form und Inhalt bieten. Sie solle lediglich weitere Arbeit einleiten.

Durch weitere Verarbeitung des Kartenmaterials und des Vortrages solle ein einheitliches Planungsprogramm des Kreises unter entsprechender Zusammenarbeit aller Beteiligten entwickelt und auch der Presse zugänglich gemacht werden.

Das Gebiet, aus dem der Rhein-Wupper-Kreis einen Ausschnitt bildet, lasse sich wegen seiner verwickelten topographischen Struktur schwer nach geopolitischen Gesichtspunkten unterteilen. Jedem Lösungsversuch würde ein gewisser Zwang anhaften. Charakteristisch im Hinblick auf die besondere Topographie des Gebietes sei die Entwicklung der drei Städte Solingen, Elberfeld, Wuppertal, deren schnelles Wachstum unlängst zur Umgliederung der Kreise führte.

Der Vortragende erblickte in der Entwicklung der Verkehrstechnik den Hauptgrund der Kreiszusammenfassungen, die in letzter Zeit immer weitergehe, um Ersparnisse zu erzielen. Diese Entwicklung würde sich nicht zurückschrauben lassen. Dies sei aus den Plänen über die Verwaltungsreform bestimmt zu entnehmen. Der Vortragende sehe es deshalb als Aufgabe seines heutigen Vortrages an, die Nachteile in Verkehrsfragen, welche der Zusammenschluß mit sich gebracht hat, wohl klar herauszustellen, nicht aber mit dem Ziele unfruchtbarer Kritik, sondern um zu ermitteln, wie man die Nachteile ausgleichen und vielleicht sogar den Schaden zum Nutzen umwerten kann.

Der Vortragende bezeichnete sowohl beide Verkehrsbetrachtungen, die das Thema vorzeichnet: — vom Kleinen zum Großen, wie aus großen Zusammenhängen ins Einzelne hinein — an sich als berechtigt. Er hielt es jedoch bei der Kompliziertheit des Gebietes und im Hinblick auf die lebendigen Beziehungen, welche von den einzelnen Städten und Aemtern über die Kreisgrenzen hinausgehen, für richtig, nicht vom Kreismittelpunkt auszugehen, sondern mit der Betrachtung von außen nach innen zu beginnen.

Der Vortragende gedachte des Rheinstromes als Wasserstraße und der Verkehrsanschlüsse an diesen. Er entwickelte — teilweise an Hand von Skizzen — die Beziehungen des in internationale Zusammenhänge sich einfügenden Reichsfernverkehrs-Straßennetzes zum Kreis und gab dabei eine Reihe von Anregungen unter Andeutung der Einwirkungen auf die Einzelgebiete. Seine Ausführungen hatten das Ziel, die Richtlinien anzugeben, nach welchen das Straßenverkehrsproblem weiter durchzuarbeiten ist.

Das historische, an das Gelände ausgezeichnet sich anpassende Hauptstraßennetz des Kreises benötige eine Reihe von Verbesserungen, aber nur wenige Ergänzungen, die in den Plänen der einzelnen Städte und Aemter richtig erkannt, festgelegt und evtl. mit Hülfe des freiwilligen Arbeitsdienstes vorbereitet werden möchten.

Die Bedeutung von weit außerhalb des Gebietes liegender Planungsmaßnahmen sei noch größer auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Es liegen im Gebiete der Kreise eine Reihe von Planungen aus früherer Zeit vor, auf dessen Einzelbesprechung der Vortragende deshalb nicht einging, weil zunächst die Sache mit den zuständigen Eisenbahndirektionen besprochen werden möchte.

Der Vortragende ging namentlich auf die Möglichkeiten ein, welche durch Neuerungen im Eisenbahnbetrieb sich ergeben. Eisenbahndirektion-Präsident Leibbrand, Essen, habe kürzlich in einem Artikel darauf hingewiesen, daß unter Verhältnissen — wie sie hier im Rhein-Wupper-Kreis vorliegen — das Auflösen schwerer Züge in leichte bewegliche Triebwagenverbindungen zweckmäßig sei und daß man in der Fahrtechnik den Typ des Schienenautobus anstreben müsse. Kürzlich habe z. B. die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg für Südfrankreich einen neuen zweiachsigen Diesel-Elektro-Triebwagen als Einmannwagen mit großem Fassungsvermögen herausgebracht, für dessen Erprobung der Reichsbahn gerade im Wupperkreis ein dankbares Versuchsfeld sich böte. Man möchte untersuchen, ob die mit vielen Spitzkehren und Umsteigen belasteten Eisenbahnverkehrs-Verbindungen sich nicht auf durchgehende Triebwagen-Verbindungen umstellen lassen. Man dürfe evtl. seitens der Reichsbahn vor kleinen Gleisänderungen, die dies ermöglichen, nicht zurückschrecken, wenn sie einem Abwandern des Verkehrs auf das Auto, das in summa hohe Straßenunterhaltungskosten bedeute, vorbeugen wollen.

Erleichtere man aber den Personenverkehr über die Spitzkehren und lasse man schöne Aussichtswagen laufen, so können durch neue durchgehende Verbindungen nicht nur die Kreishauptstadt Opladen sondern auch die entlegeneren Teile des Kreises erheblichen Nutzen haben.

Er faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß auf dem Gebiete des Verkehrs durch großzügige Verkehrsverständigung produktive Arbeit geleistet werden müsse.

Der Vortragende, der auch der Frage der Wanderwege und der Radfahrwege gedachte, sprach zum Schluß über das Sonderproblem der Wupper und bezeichnete es vom Standpunkte des Landschaftsschutzes als ein Glück, daß die s. Zt. über Burg projektierte Eisenbahnlinie nicht gebaut worden sei. Er trat jedoch für Verkehrsverbesserungen im Wuppertal ein und richtete an den neugegründeten Wupperverband die Bitte, bei seiner statutengemäßen Aufgabe für die Ufer zu sorgen, sich gleichzeitig für die interkommunale Wegeverbindung längs der Wupper mitzuinteressieren, damit diese gleichfalls fertig sind, wenn die Wupperreinhaltung gelungen ist.

Der Vortragende schloß mit dem Wunsche, daß alle Beteiligten für den Aufbau eines einheitlichen Planungsprogrammes für den Kreis sich interessieren möchten, das allen Fragen nach innen wie nach außen möglichst gerecht werden muß und durch den Verkehr der Wirtschaft wie der Wohlfahrt dient.

Die Zuhörer, die den äußerst interessanten Darlegungen des Vortragenden mit ganzer Aufmerksamkeit gefolgt waren, spendeten reichen Beifall.

Herr Landrat Trimborn dankte in deren Namen herzlich für den spannenden Vortrag und wies auch seinerseits daraufhin, daß die Verkehrsbestrebungen in heutiger Zeit auch über die örtlichen Interessen hinausgehen müßten.

Anschließend sprach dann Herr Dir. Bohs vom Kreisvermessungsamt in Opladen noch in kurzen Ausführungen über die Verhältnisse im Rhein-Wupper-Kreis, wobei er sich eines interessanten Kartenmaterials bediente.

Die Wochenendsiedlungen im Kreis

Herr Landrat Trimborn kam weiterhin auch in knappen Zügen auf die Frage der Wochenendsiedlungen im Rhein-Wupper-Kreis zu sprechen, die unbedingt unterstützt werden müßten. Der Kreis biete für derartige Bestrebungen ein großes und überaus günstiges Gebiet. Wie schon durch die Zeitungen bekannt sei, habe man den Westdeutschen Wochenendklub gegründet, dessen Vorsitzender er sei. Dieser habe eine größere Siedlung in Diepental; vorgesehen für weitere Wochenendsiedlungen seien auch die Gebiete von Radevormwald und Krähwinklerbrücke. Er werde demnächst einmal Gelegenheit nehmen, über diese Frage des Näheren zu sprechen.

Warum keine Aenderung der Todesbrücken?

Auf diese Frage, die aus der Versammlung heraus gestellt wurde, erwiderte Herr Landrat Trimborn, daß man leider in dieser Angelegenheit bisher nicht vorwärtsgekommen sei. Bereits im Jahre 1928 habe schon der frühere Bürgermeister von Burscheid, Herr Schmidt, die Verantwortung für die Zustände an der Hilgener Todesbrücke abgelehnt. Es seien eine Reihe von Besichtigungen erfolgt und allerseits

Die Kassen des Kreises sind leer

Die Verwaltung des Rhein-Wupper-Kreises ist, wie die „Bergische Post" von informierter Seite erfährt, nicht mehr in der Lage, ihren Beamten und Angestellten am kommenden 1. Oktober die Gehälter und Dienstbezüge in der bisher üblichen Weise auszuzahlen.

Trotz aller Vorstellungen und Mahnungen bei den zuständigen Stellen sind die Mittel, die der Kreisverwaltung als Beihilfe für die anormal großen Wohlfahrtserwerbslosenbelastungen bisher zugeflossen sind, nicht genügend, um auch nur die zeitweiligen Auszahlungen der Wohlfahrtserwerbslosen-Unterstützungen im Kreise sicherzustellen. Hinzukommt, daß durch die letzten Notverordnungen der Rhein-Wupper-Kreis als Bezirksfürsorgeverband mit neuen drückenden Wohlfahrtsverpflichtungen belastet worden ist.

Die Kreisverwaltung sieht sich daher, um wenigstens die Auszahlung der Unterstützungen für Wohlfahrtserwerbslose für die nächste Woche sicherstellen zu können, genötigt, anstatt des bisher den Beamten und Angestellten am Monatsanfang gezahlten halben Gehaltsbetrages, zunächst nur ein Viertel der Dienstbezüge auszuzahlen.

*

Es war allen Kundigen schon lange ein Rätsel, wie es der Kreis als Bezirksfürsorgeverband überhaupt noch fertig brachte, die laufenden Mittel vor allem für die Unterstützungen an die Gemeinden aufzubringen. Das gelang bisher nur unter Anstrengung aller Kräfte und der Erschöpfung auch der letzten Reserven aus besseren Zeiten. Nun ist es aber auch damit zu Ende und es tritt das ein, was man eigentlich schon lange erwartet hatte: der Kreis kann nicht mehr zahlen. Das war vorauszusehen, nachdem die neuen Verpflichtungen des Kreises durch die letzte Notverordnung, durch die Kürzung in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die ihm aufgebürdet worden sind und die durch die Uebernahme des Krisenfünftels noch vergrößert wurden, zu einer unerträglichen Belastung anschwollen.

Nachdem die Reichsregierung nunmehr durch dauernde Leistungskürzungen auf Kosten der Bezirksfürsorgeverbände die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung saniert hat, ist es die allerhöchste Zeit, daß sie nunmehr durch erhöhte Zuschüsse an die industriellen Landkreise bzw. durch einen vernünftigen Finanzausgleich für eine Vermeidung der Zahlungseinstellung sorgt. Wenn die Bezirksfürsorgeverbände ihren Zahlungen nicht mehr nachkommen, sind die Gemeinden ihrerseits außerstande die Wohlfahrtsunterstützungen zu zahlen.

Gerade heute geht uns ein

Notschrei des Landkreistages

zu, in dem es heißt:

Die durch die Juni-Notverordnung vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel zur Erleichterung der Wohlfahrtshilfe der Bezirksfürsorgeverbände decken die Ausgaben nur zu einem Bruchteil und sind daher unzureichend. Es kommt hinzu, daß von Monat zu Monat mehr Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ausscheiden und als Wohlfahrtserwerbslose nun völlig den Bezirksfürsorgeverbänden zur Last fallen. Die Ausgaben des Reiches für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge sinken, die Ausgaben der Bezirksfürsorgeverbände steigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Reich von der in der Notverordnung vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch macht und die Wohlfahrtshilfe erhöht.

Die Reichsmittel fließen den Bezirksfürsorgeverbänden als den Trägern der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu, also den Stadt- und Landkreisen. Die preußischen kreisangehörigen Gemeinden werden an diesen Mitteln nicht unmittelbar beteiligt. Preußen hat vielmehr den in der Notverordnung vorgesehenen Weg der Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden durch den Landkreis gewählt und zwar in der Form, daß das bisher von den kreisangehörigen Gemeinden getragene 1/5 der Krisenfürsorge nunmehr, wie es bereits bei den sonstigen Fürsorgelasten der Fall ist, zu 70 Prozent vom Kreis übernommen werden. Die kreisangehörigen Gemeinden haben also nur noch 30 Prozent des gemeindlichen Krisenfünftels zu tragen. Sie sind in Höhe von 70 Prozent dieser drückenden Ausgaben und damit in erheblichem Umfang entlastet. Diese Regelung hat, abgesehen davon, daß sie organisch richtiger ist als eine direkte Beteiligung an der Reichshilfe den großen Vorteil, daß sie dem Gedanken des Lastenausgleichs durch den Kreis Rechnung trägt. Diese Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden bringt aber den Landkreisen eine neue Belastung, die in zahlreichen Kreisen erheblich höher ist, zum Teil sogar ein Vielfaches des Betrages ausmacht, den die Landkreise als Reichswohlfahrtshilfe erhalten. Auch aus diesem Grunde muß die Reichshilfe erhöht werden.

Michaelistag

Dem Erzengel Michael waren zunächst, bis zum Anfang des 9. Jahrhunderts, der 15. März und der 9. Mai geweiht. Diese Gedenktage verloren sich jedoch im Laufe der Zeit, als im Jahre 813 das Konzil von Mainz zum Andenken an Michaelis den 29. September festsetzte. Dieser Tag hieß aber dann in der nächsten Zeit nicht Michaelistag, sondern der Tag der Engelweihe. Später bürgerte sich wieder Michaelistag ein. Neben der kirchlichen Bedeutung erreichte aber der 29. September im Mittelalter und weit darüber hinaus auch eine gewisse Wichtigkeit für das wirtschaftliche Leben; denn das Herankommen dieses Tages bedeutet im Handwerk und auch noch in anderen Berufsarten den Wiederbegimn der Arbeit bei künstlichem Licht. Nach den Zunftbestimmungen und nach den obrigkeitlichen Vorschriften durfte vor dem Michaelistage in keiner Werkstelle bei der Lampe gearbeitet werden. Als Wendepunkt zwischen Sommer und Winter wurde der Tag von den Handwerkern, Meistern wie Gesellen, als ein Feiertag angesehen und in der Häuslichkeit wie auch in der Oeffentlichkeit gefeiert. In manchen deutschen Städten veranstalteten die Zünfte Umzüge mit Musik, die schließlich mit dem im Zunfthause oder in den Bierstuben gemeinsam genossenen Lichtschmaus endeten.

Unter anderen Namen war der Michaelistag bereits bei den alten germanischen Völkern ein hoher Volks- und Festtag. Um diese Zeit stand man an der Vorstufe zum Winter. Zum letzten Male vor der winterlichen Zeit versammelten sich die Sippschaften der alten germanischen Völker zu einem fröhlichen Treiben, jedoch auch zu ernsten Beratungen. Der altgermanische Vorläufer unseres Michaelistages machte den Anfang zur herbstlichen „Gemeinwoche", zur Feierwoche, in der sich die Alten des Volkes an bestimmten Stellen zum großen „Herbstthing" versammelten, das waren die Tage des Gerichts, die Tage des Rates und der Volksversammlung. Auf dem „Herbstthing" wurden die Gesetze des Gaues beschlossen und abgeändert, es wurden Urteile gegen gesetzbrecherische Volksgenossen gefällt, es kamen Streitigkeiten vor die Alten des Gaues, hier war die Stelle, wo sich verfeindete Volksgenossen wieder aussöhnten. Zugleich war der Tag des „Herbstthings" der Tag des Opferfestes und der Danksagen an Wotan; ihm wurden aus den Erstlingen der Ernte Opfer gebracht. An diesen Tagen floß auch der Meth in Strömen. Als dann später bei den germanischen Völkern das Christentum seinen Einzug hielt, wurde der alte heidnische Opfer- und Festtag in einen Tag zu Ehren des Erzengels Michael umgewandelt. Jedoch noch lange blieben die alten heidnischen Bräuche im Schwunge, am längsten hielten sie sich in den skandinavischen Ländern, in England und in Schleswig.

Der Michaelistag gilt auch als Wetterkünder. Dies beweisen viele Bauernregeln. Im allgemeinen heißt es, daß ein regnerischer Michaelistag einen lauen Winter, ein heller, klarer Michaelistag dagegen einen strengen Winter bringen soll!

anerkannt worden, daß unbedingt eine Aenderung eintreten müsse. Trotzalledem sei bis heute nichts geschehen. Die Reichsbahn und die Provinzialverwaltung streiten sich darum, wer die Kosten der Aenderung bezahle. Das gehe nun schon jahrelang so, und es sei wirklich an der Zeit, daß man nunmehr nachdrücklichst verlange, daß endlich mal was geschehe.

Herr Bürgermeister Rohde-Burscheid betonte ebenfalls die ganz unhaltbaren Zustände in dieser leidigen Brückenfrage. Er habe sich in dieser Sache die größte Mühe gegeben, aber trotz allen berechtigten Klagen sei nichts geändert worden, weil die Regierung die Frage noch immer nicht beantwortet, wer die Kosten zu tragen habe. Alle Schritte dieserhalb seien bisher erfolglos geblieben.

Herr Landrat Trimborn versprach auf Drängen aus der Versammlung heraus, dieserhalb nochmals energische Schritte einzuleiten und erneut bei der Regierung vorstellig zu werden.

Damit fand die arbeitsreiche Sitzung ihr Ende.

Jubelfeier des Verkehrs- und Verschönerungs-Vereins Wermelskirchen

In einer zwar schlichten, aber doch würdigen Feier beging abends der Verkehrs- und Verschönerungs-Verein Wermelskirchen den Tag seines 50jährigen Bestehens. Prächtige Musik- und Gesangvorträge umrahmten die bedeutungsvollen Reden, die dem Abend sein Gepräge gaben. Der verdienstvolle Vorsitzende des Jubelvereins, Herr Fabrikant Robert Weber, begrüßte die Erschienenen in seiner herzlich-biederen Art. Herr Rektor Nehm, der 2. Vorsitzende, zeichnete in seiner Festrede ein eindrucksvolles Bild von der Entwicklung des Vereins, seiner langen segensreichen Arbeit im Dienste der Allgemeinheit und seinen Zukunftsaufgaben. Als Gratulanten sprachen Herr Landrat Trimborn im Namen des Kreises und des Kreisverkehrsverbandes und überreichte als Geschenk ein Gemälde von Schloß Burg des Wermelskirchener Künstlers Herrn Bienefeld, Herr Beigeordneter Keller im Namen der Stadt Wermelskirchen, der deren Dank für die Arbeiten des Vereins abstattete, und Herr Dir. Jacke von der Rhein-Wupper GmbH, der die gute Zusammenarbeit lobte und den Verein zu einer Fahrt durchs Oberbergische einlud. Im Verlauf des schönen Abends führte auch die Reichsbahn verschiedene Filme vor, die beifällig aufgenommen wurden.

Schmalfilmtagung in Opladen

Wie das gesprochene Wort durch den Film belebt, unterstützt, wird der Vortragsraum zum Vorführungsraum, dann ist der Stoff in der interessantesten und allgemein verständlichen Form vorgetragen. Wie kein anderes Anschauungsmittel erzeugt der Film Interesse, Spannung, Anregung, Beeinflussung und Belehrung, er ist das ideale Lehr- und Bildungs-Instrument.

Um die erklärenden und unterhaltenden Möglichkeiten des Schmalfilms für Schule und Verein zu Beginn der Winterarbeit in weitesten Kreisen bekannt zu machen, veranstaltete die Kreislichtbildstelle des Rhein-Wupper-Kreises in Verbindung mit der Ufa am gestrigen Abend im Festsaale des Opladener Realgymnasiums eine Schmalfilmtagung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte.

Herr Dr. Engels begrüßte eingangs die zahlreich Erschienenen; einen besonderen Gruß entbot er Landesrat Wingender von der Landesbildstelle der Rheinprovinz sowie dem Leiter der Landesbildstelle, die beide sich um das Zustandekommen der Kreislichtbildstelle verdient gemacht haben. Er entschuldigte sodann Herrn Landrat Trimborn, der erst heute wieder nach einer Erkrankung den Dienst aufgenommen habe und heute anderweitig verhindert sei.

Herr Landesrat Wingender übermittelte Grüße des Herrn Landeshauptmanns und beglückwünschte die Kreislichtbildstelle zu ihrem Erfolg. Obwohl die Bildstelle heute noch ein Zuschußunternehmen sei, könne man doch behaupten, daß bei der Jugend ein großer Erfolg erzielt würde. Die Gefahr des Tonfilms für den Kulturfilm sei nicht so groß wie man zuerst annahm. Durch die Umstellung auf billige kleine Schmalfilmapparate sei ein Mittel gegeben, das in Jugendvereinen und Schulen nützlich angewendet werden könne. Auch sei der Versuch unternommen worden und würde weiter ausgebaut, den Tonfilm in irgendeiner Form für den Schmalfilm dienstlich zu machen.

Herr Ingenieur Paickert von der Ufa in Düsseldorf verbreitete sich sodann über die Bedeutung und Auswertung der Schmalfilme für Schule und Vereine. Von der eigentlichen Bedeutung des Filmes ausgehend, kam er auf den Schmalfilm zu sprechen, der leider bei uns in Deutschland nicht so gebraucht würde, wie im Ausland. Der Schmalfilm dürfte nach den ausländischen Erfahrungen auch hier bei uns eine gute Entwicklung haben, die besonders durch einen im Anfang dieses Jahres herausgegebenen Erlaß des Kultusministeriums hervorgerufen wird, denn beim Schmalfilm gäbe es keine einengenden polizeilichen Bestimmungen, auch sei kein Vorführungszeugnis mehr nötig. Der Schmalfilm, der international anerkannt ist, hat eine Breite von 16 mm, während der Normalfilm 35 mm breit ist. Auf einem Meter Normalfilm sind 52 Bilder, auf der gleichen Länge Schmalfilm 132, man sagt, daß 120 Meter Schmalfilm 300 Metern Normalfilm entsprechen. Ein besonderer Vorteil des Schmalfilms sei der, daß er feuerungefährlich sei. Dies bewies der Redner an einem praktischen Beispiel, in dem er einen Normalfilm in Brand steckte, der sofort verbrannte, während eine geraume Zeit verging, ehe der Schmalfilm überhaupt Feuer fing. Nach diesen erläuternden Ausführungen führte er einige Schmalfilmapparate und Aufnahmekameras vor und gab dazu die nötigen Erklärungen. Wegen Raummangels müssen wir darauf verzichten, hierauf näher einzugehen.

Zum Schluß folgte eine Vorführung der neuesten Schmalfilme der Ufa, die großen Beifall hervorrief. Mit einem Dankeswort des Herrn Dr. Engels fand die gutbesuchte Schmalfilmtagung ihr Ende.

Aus der Heimat

Kaffeevisite in Hilgen

Anläßlich der traditionellen und beliebten Herbstkirmes findet am kommenden Sonntag, den 2. Oktober, in Heyders Altbergischen Gaststätten Hilgen die so gern besuchte Kaffeevisite mit anschließendem Ball statt.

Siehe auch Anzeige in morgiger Ausgabe.

Herbstkirmes in Pattscheid-Linde

Am kommenden Sonntag findet in Pattscheid-Linde die übliche Herbstkirmes statt. Im Restaurant „Zur Linde" (Besitzer Oskar Kall) findet an dem Tage Kaffeetrinken mit anschließendem Ball statt. Es ist nur allzubekannt, daß es dort einen vorzüglichen Kaffee gibt.

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in morgiger Ausgabe.

Urteil in der Jagdpachtfrage

Vor einigen Tagen wurde vom Landgericht in Düsseldorf als zweite Instanz in der Klagesache der Jäger betr. Ermäßigung der Jagdpachtgebühren in der hiesigen Gemeinde, vor dem ein Fall zur Entscheidung gebracht wurde, das Urteil dahingehend gefällt, daß für zwei Jahre eine Ermäßigung der Jagdpacht um 15 Prozent je Jahr eintreten soll.

Taubensperre und Fasanenjagd

Das Landratsamt gibt bekannt, daß im Rhein-Wupper-Kreis die Sperrzeit für Tauben auf die Zeit vom 1. bis 31. Oktober festgesetzt ist. Jeder Fall der Nichtbefolgung wird mit Zwangsgeld bis 150 Mark oder Zwangshaft bis zwei Wochen bestraft.

Der Schluß der Schonzeit für Fasanenhähne und -hennen wird in Aenderung des Beschlusses vom 8. Juli ds. Js. für den Regierungsbezirk Düsseldorf auf den 29. September festgesetzt, so daß Freitag, der 30. September, der erste Jagdtag ist.

Gesellenprüfung in Opladen

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in der Berufsschule zu Opladen, Düsseldorferstraße, die letzte diesjährige Gesellenprüfung stattfindet. Anmeldungen zu derselben sind mit den erforderlichen Unterlagen bis 10. Oktober 1932 dem Prüfungsmeister, Herrn A. Hausmann, Leichlingen, Freiheitsstraße 19, einzureichen.

Neuer Fahrplan

Die Winterausgabe des von der Reichsbahndirektion Wuppertal herausgegebenen amtlichen Kursbuches für Westdeutschland, gültig ab 2. Oktober ds. Js., wird morgen erscheinen und ist dann an den Fahrkartenschaltern, in den Reisebüros, im Bahnhofsbuchhandel und im übrigen Buchhandel zu haben. Der Preis des Buches beträgt 1,30 RM. Gleichzeitig erscheint der bekannte amtliche grüne Taschenfahrplan zum herabgesetzten Preise von 0,75 RM statt bisher 0,90 RM. Die Fahrplanbücher bringen wieder eine Reihe wichtiger Fahrplanänderungen.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Fahrpläne der Deutschen Reichsbahn nach Verkehrsgebieten neu geordnet worden sind.

Jede Strecke hat in allen amtlichen Fahrplänen der Reichsbahn (Aushangfahrplan, Kursbuch und Taschenfahrplan) die gleiche Nummer erhalten.

Der Reisende findet daher die gleichen Streckenfahrpläne immer unter derselben Nummer.

Neue Postwertzeichen

Am 1. Oktober werden die Freimarken mit dem Brustbild des Reichspräsidenten von Hindenburg durch neue Marken ersetzt, auf denen sich ein nach einer Plakette des Professors Karl Goetz in München gestochenes Kopfbildnis des Reichspräsidenten befindet. Die noch vorhandenen bisherigen Marken werden daneben aufgebraucht.

Ferner wird am 1. Oktober eine Wohlfahrtspostkarte zu 6 Pfg. ausgegeben, die auf dem linken Teile der Vorderseite ein Bildnis des Reichspräsidenten von Hindenburg trägt und im Markenstempel das Tannenberg-Denkmal zeigt. Die Karte kostet zehn Pfg.; der Zuschlag von vier Pfg. fließt der Deutschen Nothilfe zu.

Kirchen- und Haussammlung zur Abhilfe dringender Notstände der evangelischen Kirche

Auf Anordnung des Evangelischen Oberkirchenrats ist auch in diesem Jahre wieder eine Kirchen- und Haussammlung zur Abhilfe dringender Notstände der evangelischen Kirche, besonders in der Diaspora, abzuhalten, die Kirchenkollekte am Erntedankfest, den 2. Oktober, die Hauskollekte im Anschluß daran. Der Herr Oberpräsident hat die Herren Regierungspräsidenten bereits angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß diese Haussammlung nicht gehindert wird.

Wegen der besonderen Wichtigkeit der beiden Sammlungen veröffentlichen wir nachstehenden Aufruf des Evangelischen Oberkirchenrats:

„Kraft, um die bittere Not unserer Zeit und unseres Volkes zu tragen, Kraft, um die Mächte der Unterwelt, die in Zuchtlosigkeit und Gottlosigkeit unseres Volkes Seele verderben wollen, zu überwinden kommt allein aus Gottes Wort. So müssen wir gerade dort, wo unsere Brüder in der Zerstreuung oder in der Fremde leben, ihnen die Verkündigung von Gotteswort in Schulunterricht und Gottesdienst erhalten. Auch sonst im Lande sind Gemeinden jetzt so arm, daß sie ihre Kirchen und Gemeindehäuser, ihre Außengottesdienste und Diakonissenstationen nicht erhalten können. Vereint müssen wir ihnen helfen mit unseren Gaben zur Notstandskollekte, für die unsere Kirche bittet. Gebt um Gottes Willen reichlich, daß Gottes Wort überall helfe und rette".

Empfänger von Elternrenten und -beihilfen zahlen keine Bürgersteuer

Der Reichsfinanzminister hat dem Bundesvorstand des Reichsbundes am 8. Juli 1932 folgenden Erlaß übermittelt: Nach § 4 Abs. 2 Nr. 5 BStBO 1931 sind die Empfänger einer Zusatzrente von der Bürgersteuer befreit. In Auslegung dieser Vorschrift habe ich durch Runderlaß vom 3. März 1931, den ich den Regierungen der Länder durch Schreiben vom 21. Mai 1931 zugeleitet habe, den Standpunkt vertreten, daß die Vorschrift, wonach die Empfänger einer Elternrente und Elternbeihilfe von der Bürgersteuer befreit sind, auch auf die Empfänger einer Elternrente und einer Elternbeihilfe Anwendung zu finden habe.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Ansteigerung von Zuchtbullen und hochtragenden Zuchtrindern

Die Kreisverwaltung beabsichtigt gelegentlich der Versteigerung von rot- und schwarzbunten Zuchtbullen und hochtragenden Zuchtrindern durch den Rhein. Verband für Tieflandrindzucht am 5. Oktober 1932 auf dem Messegelände in Köln-Deutz einige Stiere und Rinder zur Einführung in den Kreis anzusteigern. Diese Tiere werden an Viehhalter innerhalb des Kreises mit einem Zuschuß aus Kreis- und Staatsmitteln abgegeben. Wer von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machen will, wende sich sofort schriftlich oder fernmündlich an das Landratsamt in Opladen. Meldungen werden auch auf dem Bürgermeisteramt entgegengenommen, dort sind auch die näheren Bedingungen einzusehen. Etwaige Anmeldungen sind sofort, spätestens bis zum 1. Oktober ds. Js., zu bewirken.

Verloren

wurde am vergangenen Dienstag, gegen 2 Uhr nachmittags, auf der Straße Orth—Wupperhof ein Reisekoffer (Strohkoffer). Der Koffer befand sich auf einem Fuhrwerk, das in Richtung Orth fuhr. Der Inhalt bestand aus Kleidungsstücken, Wäsche und Toiletteartikel. Wiederbringer oder derjenige, der über den Verbleib des Koffers nähere Angaben machen kann, erhält Belohnung. Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die Ortspolizeibehörde entgegen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Eine Frau, die Fahrräder entwendet

Leverkusen, 29. Sept. Die Fahrraddiebe sind heute keine seltenen Erscheinungen mehr, fast täglich werden auch in unserer Stadt ein oder mehrere Fahrräder gestohlen. Daß aber auch Frauen gelegentlich als Fahrraddiebinnen auftreten, dürfte doch recht selten sein. Und doch hatte sich gestern vor dem Opladener Einzelrichter eine Frau zu verantworten, die beschuldigt wurde, in L.-Wiesdorf drei Fahrräder gestohlen zu haben. Den Diebstahl von zwei Rädern gab sie zu, das dritte habe sie „nur aus Spaß mitgenommen". Zu den Diebstählen sei sie gekommen, weil sie sich in einer gewissen Notlage befunden habe, und sie sich deshalb etwas Geld habe beschaffen wollen. Die Räder hatte sie aber nicht verkaufen können, bevor man sie in dem Keller ihrer Wohnung fand. Das Gericht verurteilte die Frau zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen.

Wie man sich billige Stoffe verschafft

Leverkusen, 29. Sept. Ein auswärtiges Versandhaus sandte unlängst auf eine Bestellung hin Anzugstoffe an eine hiesige Familie. Als die Rechnung kassiert werden sollte, erfuhr die Firma zu ihrem Befremden, daß die Familie die Stoffe gar nicht bestellt hatte. Sofort nach dem Eintreffen der Sendung war sie von einem jungen Mädchen abgeholt worden mit der Begründung, es handle sich um einen Irrtum. Einem anderen Versandhause ging es kurz darauf mit einer anderen Familie genau so. Die Ermittlungen ergaben, daß ein junger Mann sich auf diesem immer noch etwas ungewöhnlichen Wege billige Stoffe besorgt hatte. Von der ersten Sendung hatte er sich einen neuen Anzug bauen lassen, die zweite Sendung seinem Freunde großzügig zum Geschenk gemacht. Der „kluge" junge Mann erschien wegen Betruges vor dem Düsseldorfer Schöffengericht, sein Freund war der Hehlerei angeklagt. Der letztere bestritt, von der unredlichen Herkunft der Stoffe gewußt zu haben. Es half ihm nichts. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, sein allzu freigebiger Freund zu vier Monaten Gefängnis.

Ein Unglück kommt selten allein

Landwehr, 29. Sept. Bekanntlich brannte vor wenigen Wochen das Lager eines Landwehrer Möbelgeschäftes fast vollkommen aus. Man nahm damals Brandstiftung an; die Täter hat man allerdings noch nicht erwischen können. Jetzt wurde in das Geschäft ein Einbruchsdiebstahl versucht, der aber durch das Anschlagen des Wachthundes mißlang. Angeblich drei Männer haben zunächst die Telephonleitung durchschnitten und dann die Fensterscheiben eingedrückt, um in das Innere zu gelangen. Sie sind dann verscheucht worden. Damit war das Unglück aber noch nicht voll. Am Dienstagmorgen sollte sich der Möbelhändler vor dem Solinger Amtsgericht erneut wegen unlauteren Wettbewerbs verantworten. Die Verhandlung wurde aber vertagt.

Abnahme der Arbeitslosigkeit

Wermelskirchen, 29. Sept. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in der ersten Septemberhälfte im Bezirk des Arbeitsamtes Remscheid zurückgegangen. Insgesamt waren im ganzen Bezirk am 31. August 15 711 Arbeitsuchende gemeldet, ab 15. September nur noch 15 116. Auf Wermelskirchen allein entfällt ein Abgang von 113 Personen, auf Burg von 53. Insgesamt wurden am 15. September in Wermelskirchen gezählt: 433 Arbeitslosenunterstützungsempfänger, 438 Krisenunterstützte und 1170 Zuschlagsempfänger.

Viehdiebstähle

Wermelskirchen, 29. Sept. Die Annahme, daß bezüglich der Viehdiebstähle nunmehr Ruhe eintreten würde, da kürzlich hier eine Diebesgesellschaft, die sich speziell mit Viehdiebstählen befaßte, ermittelt und festgenommen wurde, hat sich nicht bestätigt. Es haben noch andere Spitzbuben sich auf dieses Spezialfach verlegt und täglich laufen aus der engeren Umgebung Meldungen ein, daß wieder Vieh von den Weiden gestohlen worden ist. In einer der letzten Nächte wurden wieder zwei Kühe gestohlen. Geschädigt wurden ein Viehhändler aus Bergisch-Born und ein Landwirt aus Altenhöhe. In einem Falle handelt es sich um ein tragendes, schwarz-buntes Rind im Werte von etwa 350 Mark. Im anderen Falle war es eine schwarz-weiße Kuh (mehr schwarz als weiß) im Werte von 400 Mark. Die Spitzbuben hatten die besten Tiere ausgesucht, so daß man schon von Fachleuten sprechen kann.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Sühne für einen Mord

Das Münchener Jugendgericht verurteilte gestern den 17jährigen Eisendreherlehrling Schlecht wegen Verbrechens der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und wegen besonders schweren Raubes zu fünf Jahren Gefängnis.

Schlecht hatte in der Nacht zum 2. Juli d. J. im Englischen Garten in München den Kaufmann Broer aus Solingen getötet und beraubt und eine Beute von 800 Mark gemacht.

Düsseldorf

Ein Betrüger der Winterhilfe

Ein unverbesserlicher Betrüger in Düsseldorf, der erst vor kurzem nach Verbüßung einer mehrjährigen Gefängnisstrafe auf freien Fuß gelangt war, hatte sofort wieder damit begonnen, seinen Lebensunterhalt durch Schwindelmanöver zu erwerben. Der Kaufmannsgehilfe Otto Krüger erschien in Ausnutzung der allgemeinen Notlage und der einsetzenden Bestrebungen zur Linderung der Not bei Düsseldorfer Geschäftsleuten, und gab an, zum Einkauf von Waren aller Art für

...Wirthelden
...und hochtragenden
...sichtigt gelegentlich
...und schwarzbunten
...Zuchtrindern durch
...eflandrindzucht am
...segelände in Köln-
...er zur Einführung
...e Tiere werden an
...ses mit einem Zu-
...mitteln abgegeben.
...legenheit Gebrauch
...chriftlich oder fern-
...in Opladen. Mel-
...Bürgermeisteramt
...auch die näheren
...nige Anmeldungen
...n 1. Oktober ds.
...tag, gegen 2 Uhr
...Orth—Wupperhof
...Der Koffer befand
...in Richtung Orth
...Kleidungsstücken,
...Biederbringer oder
...oleib des Koffers
...erhält Belohnung.
...traulich behandelt
...behörde entgegen.
...nger einer Zusatz-
...efreit. In Ausle-
...durch Runderlaß
...Regierungen der
...Mai 1931 zuge-
...ertreten, daß die
...ger einer Eltern-
...Bürgersteuer be-
...nger einer Eltern-
...Anwendung zu
...reis
...eines Landwehrer
...aus. Man nahm
...Täter hat man
...können. Jetzt
...Einbruchsdiebstahl
...Anschlagen des
...ich drei Männer
...ung durchschnitten
...ngedrückt, um in
...sind dann ver-
...as Unglück aber
...orgen sollte sich
...Solinger Amtsge-
...Wettbewerbs ver-
...rde aber vertagt.
...ie Zahl der Ar-
...eptemberhälfte im
...heid zurückgegan-
...n Bezirk am 31.
...gemeldet, ab 15.
...f Wermelskirchen
...n 113 Personen,
...wurden am 15.
...gezählt: 433 Ar-
..., 438 Krisenun-
...pfänger.
...e Annahme, daß
...mehr Ruhe ein-
...ine Diebesgesell-
...hdiebstählen be-
...nen wurde, hat
...ch andere Spitz-
...ach verlegt und
...Umgebung Mel-
...von den Weiden
...er letzten Nächte
...hlen. Geschädigt
...rgisch-Born und
...In einem Falle
..., schwarz-buntes
...Mark. Im ande-
...eiße Kuh (mehr
...400 Mark. Die
...re ausgesucht, so
...prechen kann.
...g
...rf
...nterhilfe
...e in Düsseldorf
...ung einer mehr-
...en Fuß gelangt
...egonnen, seiner-
...delmanöver zu
...e Otto Krüger
...meinen Notlage
...zur Linderung
...äftsleuten, und
...n aller Art für

...die Winterhilfe beauftragt zu sein. Als Auftraggeber nannte er den Industrieclub, der auch für die Zahlungen sorgen wolle. Einer der Lieferanten traute aber dem Geschäft nicht und hielt Nachfrage. Dabei stellte sich heraus, daß von Auftrögen Krügers niemand etwas wußte. Als er bei einem Lieferanten erschien, um einen größeren Posten Waren abzuholen, nahm ihn die Schupo in Empfang.

Köln

Tödlicher Motorradunfall

Am Dienstagabend fand ein Autovermieter aus Lechenich im Liblarer Busch den 22jährigen Gerhard Pelzer und den Robert Conrad, beide aus Hürth bei Köln, den ersten tot, den zweiten sehr schwer verletzt auf. In der Nähe der beiden lag ein Motorrad. Es ist daher anzunehmen, daß sie das Opfer eines Motorradunfalles geworden sind. Beide kamen in das Augustahospital in Köln, wo man den Tod des Pelzer feststellte.

Der neue Oberlandesgerichtspräsident in Köln

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das preußische Staatsministerium in seiner Sitzung vom 27. September 1932 den Landgerichtspräsidenten Vollmer aus Essen zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln ernannt.

Louis Hagen schwer erkrankt



Der Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer, Geheimrat Louis Hagen, hat einen Schlaganfall erlitten, der das Schlimmste befürchten läßt

Westdeutsches

Trier. Die deutsche Reichsbahnwoche für Jugendliche wurde in Trier durch Reichsbahndirektionspräsident Dr. Sarter eröffnet. Es werden fachliche Vorträge über Lokomotiven, Fahrplan usw. bei der Trierer Eisenbahn gehalten. Als Zweck der Veranstaltung bezeichnete Direktionspräsident Sarter, die Jugend mit der Reichsbahn und ihren Einrichtungen bekannt zu machen und ihr wissenschaftliche und technische Kenntnisse zu vermitteln. Zugelassen sind einstweilen nur die oberen Klassen höherer Schulen, doch soll die Veranstaltung später auch auf die unteren Klassen und auf die Volksschulen ausgedehnt werden.

Das Wetter von heute und morgen

Im Laufe des Tages Bewölkungszunahme, weitere Erwärmung, ziemlich frische südöstliche Winde.

Münster. Tödlicher Unfall im Regierungsgebäude. Morgens wollte der bei der Regierung in Münster angestellte Katasterbeamte Joseph Peterek in seinem im dritten Stockwerk gelegenen Büroraum eine Jalousie in Ordnung bringen. Dabei verlor er das Uebergewicht und stürzte aus dem Fenster auf die Straße, wo er tot liegen blieb.

Das Verkehrsunglück in Laren

Zu dem Lastwagenunglück von Laren ist noch zu melden, daß die dabei ums Leben gekommene Frau nach einer in einem Handköfferchen vorgefundenen Adresse anscheinend eine Frau R. Leweck aus Buer-Scholwen ist, deren Tochter als Dienstmädchen in Amsterdam beschäftigt ist. — Ueber den Zustand der sieben Schwerverletzten ist noch zu melden, daß die 38jährige Frau Nickel aus Hamborn und der 21jährige A. Beinlich aus Bottrop verhältnismäßig am schwersten verletzt sind, doch hofft man, beide am Leben zu erhalten. In dem Zustand der übrigen Verletzten ist eine weitere Besserung zu verzeichnen.

Großer Schmuggelfang an der Saargrenze

Die größte bisher gefaßte Bande in der südlichen Rheinprovinz

Der Landjägerei ist es gelungen, eine fünfköpfige Schmugglerbande an der Saargrenze zu stellen, von der zuerst das jüngste Mitglied, ein 16jähriger Bursche, und später zwei weitere Mitglieder festgenommen werden konnten. Bis jetzt steht fest, daß die Bande 22 Zentner Tabak, 200 000 Zigaretten und eine halbe Million Blättchen Zigarettenpapier über die Saargrenze nach Deutschland eingeschmuggelt und in das Inland verschoben hat. Die hinterzogenen Steuern und Zölle belaufen sich auf eine Million Mark. Es handelt sich um die größte Schmugglerbande, die bis jetzt in der südlichen Rheinprovinz gefaßt worden ist.

Eine Falschmünzerwerkstatt in Viersen ausgehoben

Vertrieb auf Märkten und Kirmessen

Der Viersener Kriminalpolizei gelang es in der Nacht, eine Falschmünzerwerkstatt auszuheben. Schon lange waren zwei Männer der Falschmünzerei verdächtig. Bisher konnte ihnen jedoch ihr Tun nicht nachgewiesen werden. Nun wurden sie in ihrer Wohnung festgenommen mit der Begründung, daß sie verdächtigt seien, falsche Zweimarkstücke in den Handel gebracht zu haben. Eine dritte Person, ebenfalls aus Viersen, konnte von der Gladbach-Rheydter Kriminalpolizei festgenommen werden. Die Verhafteten legten darauf ein Geständnis ab und gaben zu, falsche Zweimarkstücke hergestellt und verausgabt zu haben. Eine Haussuchung in ihrer Wohnung brachte Teile der zur Herstellung der Geldstücke benutzten Formen zum Vorschein.

Ueber dieselbe Sache wird aus Gladbach-Rheydt gemeldet: In Neuwerk, einem Stadtteil von Gladbach-Rheydt, wurde abends ein Mann festgenommen, der sich den Kirmesbetrieb zunutze machte, indem er in Wirtschaften falsche Zweimarkstücke absetzte. Die Nachforschungen ergaben, daß der Verhaftete mit zwei Komplizen in Viersen in Verbindung stand. Diese konnten morgens überrascht werden und sind geständig. Das Trio hatte in der Wohnung des einen, die abseits der Stadt am Viersener Walde liegt, eine vollständig eingerichtete Falschmünzerwerkstatt aufgemacht und die zahlreichen Falschstücke, die dort hergestellt wurden, seit längerer Zeit auf Märkten und Kirmesplätzen in Verkehr gebracht. Gußformen und eine große Anzahl fertiger Falschstücke wurden beschlagnahmt. Die drei wurden dem Richter in Gladbach vorgeführt.

Ein 11jähriger versucht Selbstmord

Eine mutige Retterin

Ein 11 Jahre alter Schüler versuchte in Seibersbach auf dem Hunsrück, durch Erhängen seinem Leben ein Ende zu machen. Ein gleichaltriges Mädchen, dem das plötzliche Verschwinden des Jungen aufgefallen war, fand diesen in einem Schuppen, ergriff entschlossen eine Axt und hieb den Strick durch, dem Knaben das Leben rettend. Was den Knaben zu der unseligen Tat veranlaßt hat, ist gänzlich unbekannt.

Feuerkampf zwischen Grenzbeamten und Schmugglern

um ein gepanzertes Lastauto

Aus Emmerich wird mitgeteilt: Die Zustände, die sich im Kampf zwischen Schmugglern und Grenzbeamten an der niederländisch-deutschen Grenze entwickelt haben, werden durch folgenden Bericht schlaglichtartig erhellt:

Bei Poppel kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Grenzbeamten und einer Schmugglerbande, die in einem gepanzerten Automobil die Sperre zu durchbrechen versuchte. Einer der Zollbeamten schleuderte sein Fahrrad vor die Räder des Automobils, das hierdurch den Kurs verlor und querfeldein raste. Als sich der Weiterfahrt ein Hindernis in den Weg stellte, sprangen die Schmuggler aus dem Wagen heraus. Ein Teil von ihnen eröffnete das Feuer auf die sich nähernden Zollbeamten, während die anderen sich daran machten, das Schmuggelgut auszuladen. Die Zollbeamten konnten jedoch unter dauerndem Feuern vordringen. Die Schmuggler zogen sich darauf zurück und flüchteten. Als die Beamten damit beschäftigt waren, die Fracht des Schmuggelautos, die aus 42 Säcken Zucker bestand, von denen schon 13 ausgeladen waren, umzuladen, unternahmen die inzwischen zurückgekehrten Schmuggler einen Angriff auf die Zollbeamten, der jedoch abgeschlagen wurde. Es fielen etwa 40 Schüsse

Um den Schiedsspruch für den Siegerländer Bergbau

Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch im Siegerländer Bergbau vom 23. September, der den Manteltarifvertrag mit einigen Aenderungen wieder in Kraft setzt, abgelehnt. Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Wenn ein Chauffeur in der Wüste einschläft ...

dann kann unter Umständen eine ernste Gefahr für die Passagiere daraus entstehen. Den Beweis lieferte unlängst ein Automobil, das den Wüstendienst zwischen Damaskus und Bagdad versieht. Auf der Fahrt zwischen Rutba und Bagdad übermannte der Schlaf den übermüdeten Chauffeur, so daß sein Wagen eine Zeitlang hilflos umherirrte. Als der Fahrer wieder zu sich kam, mußte er feststellen, daß er die Fährte verloren hatte. Nach achtstündigem Herumirren erschien ein Kameltreiber, der das Auto wieder auf die Fahrstraße zurückbegleitete.

Eine tolle Bauernhochzeit

Ein junger Ehestandskandidat in Rambow (Mecklenburg) weigerte sich kürzlich, der alten Sitte, bei der Hochzeit das ganze Dorf einzuladen, Genüge zu tun. Darauf beschlossen die humorbegabten Dorfbewohner, sich das Vergnügen nicht entgehen zu lassen, und auch ohne Brautpaar Hochzeit zu feiern. Sie bestellten das Hochzeitsmahl im Dorfkrug, engagierten die Musik und luden die Brautleute schriftlich zur Teilnahme ein. Die hatten sich jedoch nicht beirren lassen und waren ins nächste Dorf zur Trauung gefahren. Diese Tatsache vermochte der Stimmung durchaus keinen Abbruch zu tun, denn nach dem Dorfschmaus formierten sich die Teilnehmer zum Hochzeitszug, wobei sie einem großen Plakate folgten, auf welchem das Brautpaar — gemalt war.

Haltern. Auf der Wallfahrt zu Tode gekommen. Bei einer Wallfahrt nach Haltern wurde die 70 Jahre alte Witwe Leidiger vom Schlage getroffen und fiel tot zu Boden.

Haltern. Münzenfunde aus der Zeit des Kaisers Augustus. Bei den Ausgrabungen auf dem römischen Lager (castra vetera) wurden eine Anzahl Münzen gefunden, die aus der Zeit des Kaisers Augustus stammen. Die Stücke waren zum Teil zerfressen, zum Teil aber noch sehr gut erhalten.

Letzte Funkmeldungen

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat auf seiner neuen Südamerikafahrt um 23 Uhr MEZ den Aequator überflogen.

An der Drahtseilbahn der Hartsteinwerke Tambach-Dietharz (Thüringen) riß aus noch nicht bekannter Ursache das Förderseil. Alle 108 beladene Förderkörbe, jeder etwa 12 Zentner schwer, stürzten aus einer Höhe von 40 Metern in die Tiefe. Es ist als ein Wunder zu betrachten, daß Menschenleben nicht zu Schaden gekommen sind.

Nach der Wiener „Neuen Freien Presse" will Herriot den Vorsitz der Paneuropakonferenz in Basel niederlegen.

Der französische Ministerpräsident hat 50 000 Francs zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens in Chalcidice überwiesen.

Die Pariser Presse betont, daß Herriot in seiner heutigen Rede in Genf nicht direkt auf die letzten Erklärungen des Reichskanzlers eingehen werde, sondern auf Umwegen darauf zu antworten beabsichtige, in dem er die These entwickle, was er unter Politik des Völkerbundes verstehe. In der Abreise des deutschen Außenministers sieht die französische Presse einen neuen Beweis für den festen Entschluß der Reichsregierung, ihre bisherige Haltung auf keinen Fall zu ändern.

Die konservativen Londoner Blätter verurteilen den Rücktritt der freihändlerisch gesinnten Minister, während die liberale „New Chronicle" das Ausscheiden der Minister begrüßt, die nunmehr ihre liberale Auffassung wirksam geltend machen könnten.

Die liberale Simon-Gruppe des englischen Unterhauses hat eine Entschließung gefaßt, in der sie der Regierung ihre volle und rückhaltlose Unterstützung zusichert. Damit sind den Gerüchten, wonach möglicherweise auch mit einem Rücktritt der zu dieser Gruppe gehörigen liberalen Minister zu rechnen sei, endgültig dementiert.

In Edingburgh (England) wurde in der Nacht zu Donnerstag ein kurzes Erdbeben verspürt.

Nach neunmonatigen Vorbereitungen konnte das auf der Höhe von Portland mit 60 Mann gesunkene englische U-Boot M 2 bis auf sechs Meter unter die Wasseroberfläche gehoben werden.

Die japanischen Pazifikflieger, die seit einigen Tagen verschollen sind, wurden in Alaska aufgefunden.

Die aufständischen chinesischen Eisenbahnschutztruppen haben außer Mandschuria auch Dalainor, Chailar und Puhatu besetzt.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas-Burscheid, Mittelstraße 10.

Die Abwracker gehen um ...

Wenn man die Hamburgischen Schiffsfriedhöfe in Waltershof und am Segelschiffhafen jetzt besucht, dann stellt man fest, daß ein wenig mehr Leben auf den toten Riesenkästen herrscht, die seit Jahr und Tag einsam und verrostend an den Pfählen liegen. Aber die Leute, die an den Dampfern herumklettern und in das Innere hineinsteigen und sie abklopfen gehören zur Abwrackkommission; sie sind gewissermaßen die Staatsanwälte, die die Todeskandidaten aussuchen, die dem Scharfrichter bald übergeben werden sollen. Die Abrackaktion beginnt. 400 000 Bruttoregistertonnen will man vernichten, das ist ein Zehntel der deutschen Handelsflotte. Bis zum 10. September laufen die Anmeldefristen. Aber man weiß jetzt schon Bescheid, wer dran kommt, wenn auch der amtliche Stempel noch fehlt.

Soeben veröffentlicht die amtliche Hamburger Pressestelle die Zahl der im Hamburger Hafen aufliegenden Seeschiffe. 177 Seeschiffe lagen vor einem Monat auf, heute sind es 183. Die Tonnenzahl stieg von 761 532 auf 764 228 hinauf. Freilich sind 18 ausländische Schiffe dabei, trotzdem aber ist die Zahl der toten Schiffe katastrophal. Nun hält man Auslese unter den Schlafenden, die schon so lange darauf warten, eines Tages wieder in Dienst gestellt zu werden, die vergebens davon träumen, wie einst im Mittelmeer, in der Südsee, im Fernen Osten herumzukutschieren. Das ist alles vorbei. Sie sind überflüssig geworden. Ob man sie jemals wieder braucht, wer weiß es zu sagen!

Langsam schafft man die ersten Todesopfer an die Werften. In Flensburg, in Bremen und Kiel ist es ebenso. Die Arbeiter werden bereits angemustert. Weniger als man glaubt werden gebraucht. Die neuen Maschinen brauchen wenig Menschenbedienung. Es wird mit der Einstellung von 3000 Mann für die Dauer von 18 Monaten gerechnet werden können.

Die Schrottaufkäufer sind schon zur Stelle, um abzuschätzen und zu handeln. Sie kommen aus Hamburg, Essen und Frankfurt a. M. Sie zahlen nicht hoch, weil sie nicht wissen, wo sie ihre Ware wieder abstoßen können, denn übervolle Eisenlager drücken den Preis. Das bißchen Konjunktur der letzten Tage tut ihnen schon wohl.

Die Reeder sind froh, ihre überflüssige Tonnage los zu werden. Diese ruhenden und doch noch immer Geld fressenden Schiffe, die man eines Tages von Grund auf hätte erneuern müssen, wenn man sie nochmals hätte herausholen wollen, gehen nun mit Reichshilfe — erwünscht und dringend notwendig — den Weg allen alten Eisens. Alle Werften haben ihren Nutzen davon, denn man arbeitet nach einem genauen Schlüssel, der die Verteilung regelt.

Die Kommission, die die Todeskandidaten jetzt aussucht, hat keine leichte Arbeit. Erfordert wird, daß die Schiffe größer als 500 BRT. und vor 1913 gebaut sind und daß sie sich schon vor 1930 in den Händen des jetzigen Besitzers befanden. Wie bei jedem Programm, so ist auch hier schon mancher Mangel festgestellt worden. Die Besitzer der Frachtschiffe können es nicht verwinden, daß keine Spezialangaben über den Typ der abzuwrackenden Schiffe gemacht worden sind. Bekanntlich wird doch eine Reichshilfe nach Tonnenhöhe geleistet. Nun möchten die Handelsschiffbesitzer, daß diese Beihilfe nach der Ladefähigkeit berechnet wird. Alte Passagierschiffe haben nämlich tatsächlich eine verhältnismäßig große Bruttotonnage, aber die Ladungskapazität ist sehr klein. Trotzdem bekommen die Besitzer der Passagierdampfer eine größere Reichshilfe. Die Passagierdampfer-Besitzer betonen ihrerseits, daß der Bau eines Passagierdampfers viel teurer gewesen sei. So kann man es eben niemand recht machen.

Während dessen sind die ersten Todeskandidaten bestimmt. Zischende Schneidegebläse werden bald ihr Werk vollenden. Viel frohe und stolze Hoffnung vernichtet man mit diesen 400 000 To., die man der Weltkrise darbringt. Und in Hamburg begraben viele Kapitäne und Seeoffiziere ihre letzte Hoffnung, bald wieder auf großer Fahrt die Meere zu durchkreuzen. Je mehr Dampfer auf den Friedhof kommen, je mehr von diesen Dampfern abgewrackt werden, um so kleiner wird die Hoffnung für die Vielen, welche die Krise an den Häfen der deutschen Küste stranden ließ.

Das Gesicht der Westfront

Im Herbst des ersten Kriegsjahres war es, da wurde der Maler Ernst Vollbehr, bis dahin bekannt durch seine Tropenlandschaften, von der Obersten Heeresleitung mit einer einzigartigen Aufgabe betraut. Die soeben im Stellungskrieg erstarrte Westfront sollte für ein nach dem Kriege zu errichtendes Kriegsmuseum im Bilde festgehalten werden als bleibendes Erinnerungsmal für die Zukunft. Hunderte der eigenartigsten Malsitzungen im schrapnellumschwirrten Fesselballon, viele nicht minder gefahrvolle Flüge im Kampfflugzeug über den Stellungen, ungezählte Arbeitsstunden im vordersten Kampfgraben dienten der Durchführung dieser gewaltigen, ungeheuer schwierigen Aufgabe. Nach vier Jahren war es geschafft: die Westfront im Bilde war fertig. — das geplante Kriegsmuseum fiel dem Versailler Vertrag zum Opfer, und die größte authentische Darstellung der Westfront lag jahrelang auf dem Speicher. —

Fast fünfzehn Jahre hat es gedauert, bis jetzt das deutsche Volk, vor allem der deutsche Frontkämpfer, durch die Veröffentlichung des Athenaion-Verlages*) erfährt, welch ein unvergleichliches Kriegsdokument dieses Bilderwerk darstellt. Schlägt man das herrlich ausgestattete Werk auf, das als Hauptteil in 26 meisterhaft reproduzierten farbigen Tafeln die Kriegsschauplätze von den Vogesen bis zur Meeresküste enthält, so erkennt man sofort, daß dieses Buch nicht mit der bisherigen Kriegsliteratur verglichen werden kann. Es beansprucht nicht irgendwelche Leserschichten, um mehr oder weniger subjektiv Empfundenes zu berichten, sondern es will vor allem ein Gedenkbuch für den Frontkämpfer im Westen sein. Zum ersten Male sieht er im Bilde, naturgetreu und fast zum Greifen deutlich, die weiten Länderstrecken der Westfront. Die Namen, die er nie vergessen wird, mit denen unerhörtes Erleben und Erleiden verknüpft ist: da sind sie wieder Gestalt geworden, von Künstlerhand auf das Papier gezaubert. Die Vogesen, Verdun, die Argonnen, die Champagne, der Aisne-Grund, die Somme, Arras, Flandern, die Küste, — das sind die Hauptthemen dieser unerhört eindrucksstarken Landschaftsbilder. Der Künstler hat jedesmal eine gewaltig große Fläche im Bilde festgehalten. Man schlägt aufs Geratewohl eine Tafel auf, z. B. das Kampfgelände des Winterbergs von Corbeny bis zum Chemin des Dames, das aus 1300 Meter Höhe vom Fesselballon gemalt ist. Welch eine Fülle von Erinnerungen wird mit einem Schlage wieder lebendig beim Anblick dieses gelben Hügelrückens! Welche Debatten werden sich an so ein Bild knüpfen, wenn es im Kreise alter Kriegskameraden herumgeht und das Gespräch beginnt: „Weißt Du noch?" Dann ist die Zeit vergessen, und die Front lebt wieder auf, die vier Jahre 1914—1918 .... Und daß dies nicht durch viele Worte geschieht, sondern einfach durch das sprechende, lebendige Bild, das ist der größte Vorzug dieses Werkes. Unnötig zu sagen, daß der militärische Teil des Buches von vorbildlicher Klarheit ist. Dazu gehören einmal die durchsichtigen Deckblätter mit den genauen Namensbezeichnungen, sodaß jedes Bild genau zu „lesen" ist. Zweitens die vielen, gleichfalls mit detaillierter Skizze versehenen Erdpanoramen, die trefflich die einzelnen Geländestrecken wiedergeben. Drittens der Text selbst. Unsere Heerführer im Westen haben ihn geschrieben, d. h. ein jeder die Geschichte seines Frontabschnittes in konzentrierter, dadurch um so wirkungsvollerer Darstellung. Generaloberst von Einem schreibt über die Champagne, von Hutier über die Somme, um nur einige Namen zu nennen. Hindenburg selbst widmet das Werk in einem kurzen Vorwort als „Ehrenmal der Gefallenen" dem deutschen Volke. Daß dieses Werk als kriegsgeschichtlich hochbedeutende Publikation ein unentbehrliches Quellenwerk für den Historiker, ein wichtiges Anschauungsbuch für den Unterricht bedeutet, versteht sich nach dem Gesagten von selbst. Die erste Lieferung behandelt die Front von den Vogesen bis Verdun.

G. St—r.



URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

6

„Sie ist meines Mannes Geschmack."

„Schlechter Geschmack!"

„Warum?"

„Sie ist sinnlich und jung. Solche Dienerinnen sind nicht die besten. Sie sollten sie wegschicken."

„Wo eine bessere finden?"

„Ich hoffe, daß Sie mich in Buitenzorg besuchen. Ich habe Ueberfluß. Vielleicht finden Sie bei mir die richtige."

Traute wurde durch Macs Erscheinen einer Antwort enthoben.

Er hatte sich dienstfrei gemacht. Die reiche Edith zu begrüßen, hätte er sich durch nichts entgehen lassen.

Er sah sie heute zum ersten Male im Tageslicht. Sie wirkte gut in ihrem duftigen weißen Kleide. Ihre Farben waren lebhaft. Ihre Bewegungen auch. Das minderte den Eindruck, den ihre stattliche Fülle machte.

Traute war wenig erbaut von der Art, wie Mac die neue Freundin des Hauses betrachtete. Wie er, so sahen auch die Javaner die Frauen an. Ihre Blicke haben etwas Entkleidendes, das nur durch leichte Zurückhaltung und gleichzeitiges Bewundern gemildert wird.

Das aber suchte man in Macs Augen vergeblich. Sein Blick betastete die üppige Frau in unverschämter Weise, und wie ein Raubtier umschlich er sie.

Das kam Traute ganz klar zum Bewußtsein, und sie schämte sich seiner.

Auch Edith Smitts schien sich geniert zu fühlen.

Sie war Huldigungen gewöhnt, Huldigungen jeder Art, jeder Schattierung und jeden Grades, denn sie war ansehnlich, unabhängig und reich. Sie wußte auch, daß die Tropensonne den Firnis von des Menschen Ich brannte und ihn hinstellte, wie er war: Entkleidet jeden Scheines. Sie hatte auch Verständnis für Flirt und Amüsement — Aufdringlichkeiten sagten ihr aber nicht zu, und das D-Zugstempo im Sich-Finden behagte ihr nicht.

„Ich bin sehr neugierig, wie Sie sich einleben werden auf Java und besonders hier," sagte sie und fortfahrend wendete sie sich direkt an Traute: „Ihnen scheint das Klima nichts auszumachen, allem Anschein nach sogar sehr gut zu bekommen, aber ob auch Ihrem Gatten —?"

Sie hob die Schultern und sah ihn groß und frei an.

„Er scheint mir schon reichlich angesengt," sagte sie.

„Was scheine ich?"

„Angesengt, verehrter Herr Hauptmann. Darunter verstehen wir, die wir fast schon zu den Eingeborenen zählen die Wandlung der Europäer unter der Glut der Sonne."

Belustigt fragte er: „Sieht man das schon so sehr bei mir?"

„Sehr nicht, aber doch! — Schon lassen Sie sich gehen schon sind Sie nervös. Damit fängt es an. Als Sie den ersten Spitt nahmen, zitterte Ihre Hand. Erst beim dritten verlor es sich. Sie haben bereits den fünften getrunken in dieser kurzen Zeit."

Mac wollte erwidern, aber sie wehrte ab:

„Gewiß, Whisky-Soda ist gut, ist nötig, ist unerläßlich — aber daß Sie schon drei benötigen, um in Fasson zu kommen, ist bedenklich. Diese Tatsache beweist den Einfluß der Sonne auf Ihr Nervensystem."

„Donnerwetter, gnädige Frau, das klingt nach Arzt und Apotheke."

„Nein, Mijnheer, es klingt nach einem klaren Blick und nach Erfahrung. — Batavia ist bestimmt die amüsanteste Stadt Javas, aber auch die den Europäern ungünstigste. Regen und Sonnenglut erzeugen Schimmel und Verderbnis, welch letztere sich sogar auf den Charakter der Menschen erstrecken kann und nicht nur kann! — Kommen Sie oft zu mir nach Buitenzorg. Das kleine Nest liegt höher als Batavia und ist gesünder. Sie werden sehen, daß es sich auch dort leben läßt."

Sie stand auf und ging nach der Wiege, in der Normann schlief.

„Bringen Sie den kleinen Prinzen mit, Frau Hauptmann," sagte sie über die Schulter hin. „Zwei, drei Tage in der Woche wird sich Ihr Mann schon ohne Sie behelfen können."

Dann trat sie auf Traute zu und hielt ihr die Hand hin.

„Morgen fahre ich zurück. Ich werde Sie abholen. Einverstanden."

Traute drückte ihre Rechte und sah zu Mac hinüber. Nur einen Augenaufschlag lang. Aber Edith hatte es doch gesehen. Sie lächelte.

„Natürlich ist auch der Gatte eingeladen," sagte sie und wendete sich an diesen:

„Sie sind doch mit von der Partie, Herr Hauptmann?" fragte sie. „Morgen ist Samstag. Ab neun Uhr ist dienstfrei, also — —"

„— — wird dankend angenommen."

„Schön! Um zehn hält mein Wagen am Garten. Wenn Sie mögen, lassen Sie de Vries anwesend sein. Er kann mitkommen, wenn er will. Wir machen dann einen Ausflug in die Berge. Ich habe so wie so an einigen Stellen nach dem Rechten zu sehen."

Noch ein Händedruck, dann ging sie.

Draußen warteten die Sundanesen mit der Rikscha, in der sich Edith Smitts nach „Des Indes" tragen ließ.

Die Dame hatte so ihre Eigenheiten und für Anstrengungen noch nie etwas übrig gehabt.

4.

Das war eine fidele Gesellschaft, die die sechzig Kilometer lange Straße von Batavia nach Buitenzorg im Auto dahinraste.

„Ohne Sorge" heißt Buitenzorg zu deutsch, und ohne Sorge waren die Insassen des eleganten Smittsschen Wagens. Es ging ja zum Weckend in das Palais der reichen Edith, deren Bewirtung gerühmt wurde, wie Leutnant de Vries vor Tagen Traute Mac Leod versichert hatte.

Die Flüche der Eingeborenen, die für die Herren des Landes frohnen mußten, die Lasten schleppend des Weges trabten oder auf schlammigen Feldern Reispflänzchen setzten brauchten die lustige Kompagnie nicht zu irritieren. Sie war ja im Husch an ihnen vorbei.

Ediths Palais, aus Stein gefügt, lag mitten im Grünen, in einem Wald von Palmen, von Blättern und Blüten — still, vornehm und verträumt — wie ein Schlößchen aus galanten Zeiten.

Traute begriff nicht, daß die Besitzerin dieses Edens drei Tage der Woche in Batavia verbrachte.

„Warum tun Sie das?" fragte sie.

„Weil ich nicht Ihrer Veranlagung bin, meine liebe Frau Hauptmann," antwortete Edith. „Sie würden sich hier vermutlich vollkommen vergraben."

„Das würde ich allerdings," gab Traute zu und bat dann: „Darf ich mich absondern, Frau Smitts? Bitte, entbinden Sie mich für ein Stündchen und lassen Sie mir Bewegungsfreiheit. Ich möchte mich ein Weilchen nur in diesem Paradiese allein fühlen."

„Soll ich de Vries als Führer beordern? Er weiß hier Bescheid."

„Danke."

„Oder einen meiner Diener?"

„Auch nicht! Dann wäre ich ja nicht allein."

Traute ging und Edith blickte ihr nach.

Sie sah sie von einem Zimmer zum anderen schreiten — langsam, bedächtig und nachdenklich — wie ein Kind, das man ins Märchenland führt. Sie sah, wie sie stehen blieb ein Bild betrachtete, einen Gegenstand betastete, einen Stoff befühlte, um dann weiterzuschreiten und wieder zu verweilen.

Ihr Gang war leicht und schwebend. Sie setzte die kleinen Füße nicht neben-, sondern voreinander. Die Arme hielt sie eng an den Körper geschmiegt. Als ob sie ihn hüten müsse, so sah das aus und gab ihrem Gehen etwas rührend Keusches und Mädchenhaftes.

Immer noch stand Edith an der gleichen Stelle und sah die schlanke zarte Frau die Zimmerflucht entlangschweben.

Jetzt trat sie über die Schwelle des letzten Zimmers des im regelmäßigen Viereck gebauten Hauses.

Sie blieb stehen, plötzlich und ruckartig, bewegungslos und wie von Ungewöhnlichem gebannt.

Wie ein Schemen, ein Fremdes, ein Ueberirdisches stand sie im unirdischen Lichte jenes Zimmers, das in Holzgitterfenstern seine Ursache hatte und rührte sich auch nach Minuten nicht.

Endlich tasteten ihre Füße vorwärts, zaghaft, zwei, drei Schritte. Die Arme lösten sich vom Körper, strebten anbetend empor, die Knie beugten sich und aufweinend fiel Traute vor der Riesenstatue eines goldenen Schiwa zu Boden.

Edith war im Innersten erschüttert. Ihr waren die Glieder im Schreck erstarrt. Ewigkeiten lang schien ihr der kurze Weg.

Edith kniete neben ihr. Liebkosend streichelten ihre weißen Hände das glattgescheitelte nachtschwarze Haar der Bewegungslosen immer wieder — immer wieder. Eines Wortes war sie nicht fähig.

Da hob Traute den Kopf. Ihre Augen waren weit und groß. In ihnen war Undeutbares.

Und Edith zog sie an ihre Brust. Wie zwei Schwestern waren die ungleichen Frauen.

„Was ist Ihnen, Liebes?" Das fragte Edith leise in das feierliche Schweigen hinein und fragte es liebevoll ein zweitesmal.

Und da die Frage kein Echo fand, fuhr sie ebenso leise und liebevoll fort: „Müssen Sie beten — zu diesem Gotte des Widerspruches, den sie den Einzigen nennen?"

Da neigte Traute das Haupt auf die Brust, und als ob es ihr unendliche Mühe verursachte, antwortete sie:

„In unserer bittersten Not ist jeder Gott der rechte. Es ist doch nur ein Gott über den vielen und nur der Glaube hilft. Was ist die Form, wenn sie die Seele nicht lebendig macht!"

Das verstand Edith nicht, und sie sagte es.

Und Traute deutete auf den goldenen Gott, der auf sie niedersah.

„Das ist die Form," antwortete sie, „die kunstreiche Hände schufen. Als Menschenwerk ist sie ein Totes, wenngleich ein wertvolles. — Leben, das heißt: Deutung und Bedeutung — gibt ihr erst unsere Seele. Je tiefer sie ist, desto mehr, je größer sie ist, desto tiefere. „Und Er blies ihr den lebendigen Odem" ein, da wurde der Mensch. — Wo wir anbetend knien, wir knien immer vor unserem Gotte."

Da zog Edith die zaubervolle Frau ganz zu sich empor und küßte sie auf den Mund.

„Nun darf ich wieder allein sein," fragte Traute und setzte bittend hinzu: „Gelt, allein mit mir — und dem Werdenden in mir."

„Dem Werdenden in Ihnen?"

„Die sich nach ihm sehnen und die es erwarten müssen, das göttliche Wunder der Natur, beten zu Schiwa. Wissen Sie das nicht, Frau Edith?"

Da nahm Edith Traute zum anderen Male in die Arme und küßte sie auf die Stirn.

„O, daß ich daran nicht dachte," sagte sie und ließ sie allein, wie sie es wünschte.

* * *

Den restlichen Tag über und auch am Abend wollte sich bei Ediths Gästen keine rechte Stimmung einfinden.

Mac gab sich redliche Mühe, sie zu wecken. Es gelang nicht.

Stimmungen waren da, aber keine Stimmung. Die beiden Empfindungen sind, so verwandt sie klingen, doch sehr verschieden. Sie scheinen eins und sind Gegensätze.

De Vries war einsilbig. Traute saß mit in sich gekehrtem Blick, wie immer abseits, und Edith vermochte sich eines unerklärlichen Gefühls nicht zu erwehren, das sie innerlich und gegen ihren Willen immer wieder zu Traute zwang. Der dreiäugige Schiwa und die in Schmerz erstarrte Dulderin zu seinen Füßen verließen ihr Denken nicht. Noch im Schlafe waren beide ihr gegenwärtig.

Anders war es am Morgen des Sonntags.

Da ratterten vier ausgeschlafene Menschen im eleganten Smittsschen Packard der aufgehenden Sonne entgegen.

Die Morgenfrische belebte, der junge Tag schloß die Herzen auf, und die Natur forderte ihre Rechte.

Ein Sonntag Morgen will fröhliche Gesichter sehen.

Er sah sie.

Traute und Edith waren still vergnügt, de Vries und Mac waren es laut. Beide konnten wie die Buben lachen, wenn das Auto eine Schar Hühner auseinanderfegte, die gackernd und schreiend über die Felder stoben, oder wenn das Motorknattern einen Kranich aus morgentlichem Denken schreckte, der sich dann mit komischem Knieknicken von der Erde abstieß, um mit steif nach hinten gestreckten Beinen davonzusegeln.

„Und diese Biester bringen hierzulande die Kinder," scherzte de Vries und Mac antwortete ihm: „Aber nur die malayischen, mein Junge. Das vergessen Sie mal nicht."

Die Straße stieg an und ließ die terrassenförmig angelegten Reisfelder — Sawahs sagt der Javaner — hinter sich. Sie führte in den Bereich der Kokosplantagen und verlor sich weiter im Süden in dichtem Wald.

Das Auto stoppte. Die Ausflügler setzten ihren Weg zu Fuß fort.

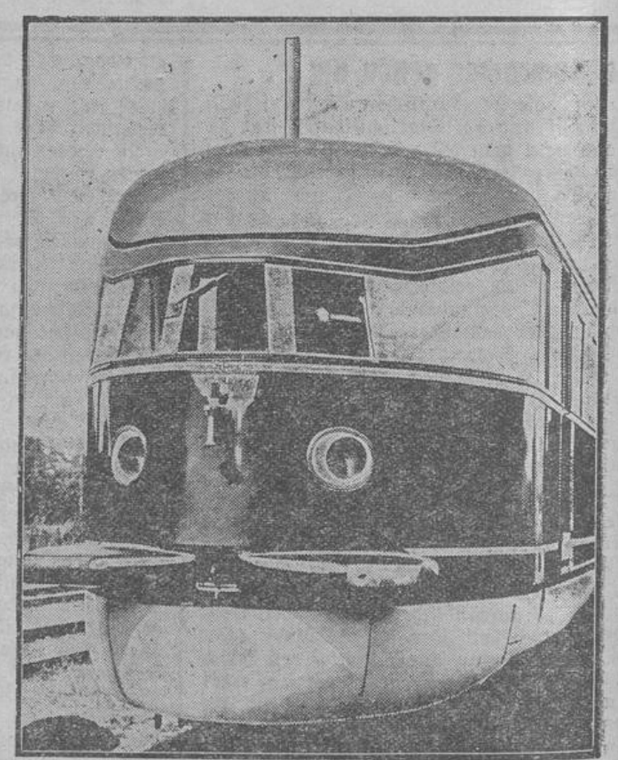
Langsam stieg der Pfad an, um mählich steiler zu werden.

Hier hatte die Natur ausgestreut, was ihrem ewig lebendigen Schoße entsproß: Bambus und Baumfarne, Teakholz- und Mahagonibäume, Kokos- und Fächerpalmen, Agaven- und Kapokbäume, alles wild durcheinander, verschwenderisch hingeworfen aus nimmererschöpfendem Ueberfluß.



Reichsbankpräsident Luther bei der Eröffnung der neuen Kölner Börse

In Köln fand jetzt die Einweihung des Neubaues der Industrie- und Handelskammer, in dem sich auch die Börse befindet, statt. Unser Bild zeigt Reichsbankpräsident Dr. Luther während der Eröffnungsrede



Das Gesicht des neuen Schienenzeppelin

der demnächst auf der Strecke Berlin-Hamburg in Dienst gestellt wird. Dieser Schnelltriebwagen wird eine Geschwindigkeit von 150 Stundenkilometer erreichen, also die Entfernung Berlin—Hamburg in etwa zwei Stunden zurücklegen. Die elektrische Energie zum Antrieb der Fahrmotoren liefern zwei Dieselmotoren von je 410 PS. Zur Verminderung des Luftwiderstandes sind alle Vorsprünge vermieden worden — der Wagen hat glatte Formen: die Lampen sind versenkt eingebaut, und statt der normalen scheibenförmigen Puffe sind schmale Stoßbalken eingebaut